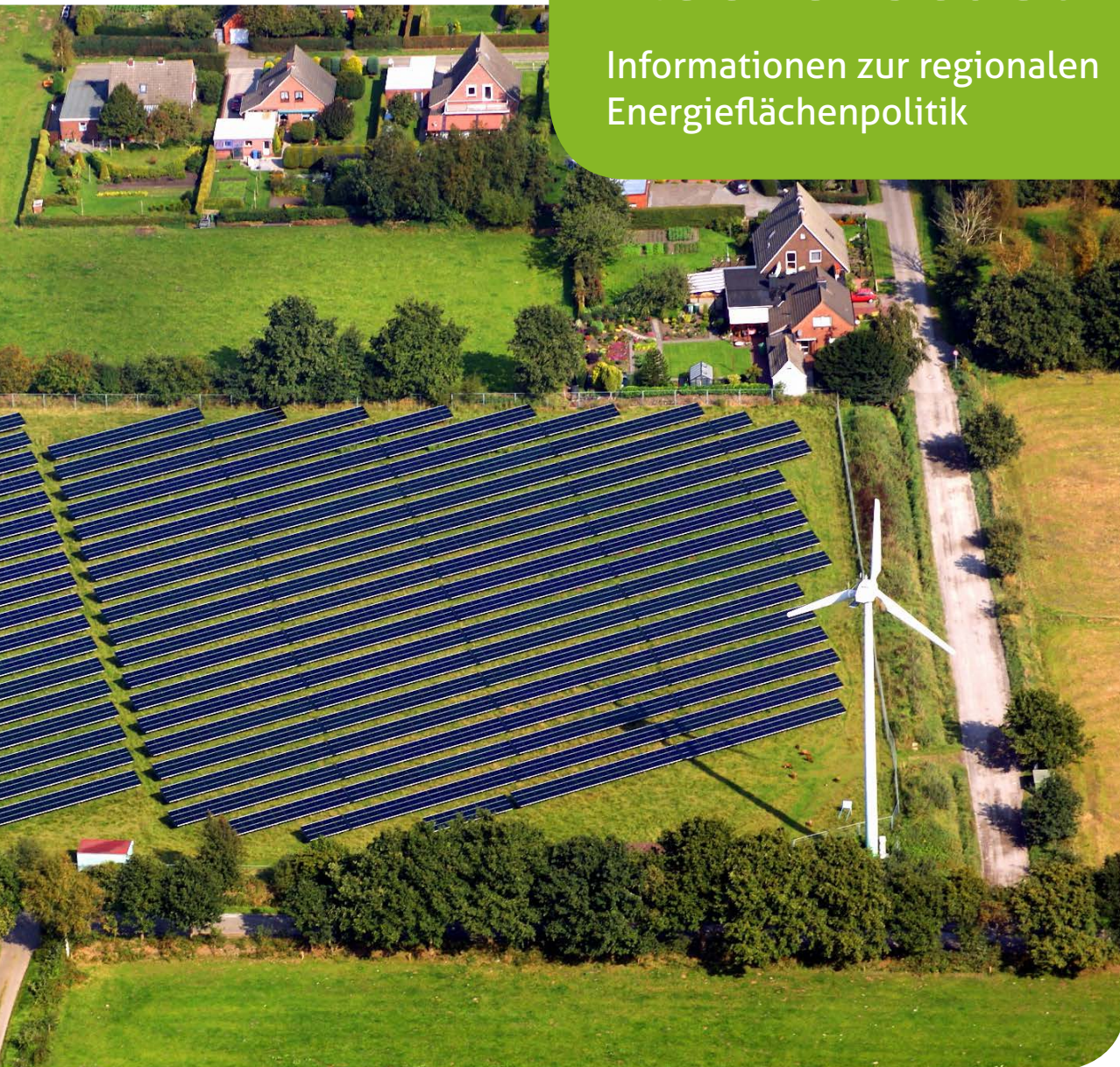


Flächenscout

Informationen zur regionalen
Energieflächenpolitik



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Elemente regionaler Energieflächenpolitik



W3-Instrument

Instrument

Akteur

Strategie

Flächenscout

Informationen zur regionalen Energieflächenpolitik

- 2 Auf ein Wort:
Die Energiewende braucht
Energieflächenpolitik
- 4 Auf einen Blick:
Wachstum, Widerstand, Wohlstand
als Dimensionen einer regionalen
Energieflächenpolitik
- 6 **Interview:** Die Energiewende braucht eine
regionale Standortpolitik der Kommunen
- 10 Welche Energie ‚wächst‘ auf welcher Fläche?
Das Energieflächenrating hilft Kommunen bei
der Standortsuche
- 13 Alles auf eine Karte. GIS-gestützte
Energieinformation für Kommunen
- 16 Elemente regionaler Energieflächenpolitik:
Das können Sie tun
- 18 Das Wohlstandsradar:
Nutzen und Lasten fair verteilen
- 22 **Praxisbericht:** Wir kümmern uns um Energie-
wende und Klimaschutz
- 26 Selbst- oder fremdgesteuert? Kommunales
Handeln zwischen Raumplanung und
Energieflächenpolitik
- 30 **Praxisbericht:** Energielandschaften gestalten –
Zukunft gewinnen. Gute Beispiele aus Bayern,
Brandenburg und Sachsen-Anhalt



Wie schaffen wir die Transformation des Energiesystems?
Diskussion auf der FONA-Konferenz in Bonn im September 2015. Foto: Uta Grabowsky / Photothek

Auf ein Wort: Die Energiewende braucht Energieflächenpolitik

Über das Ziel der Energiewende – den Wandel von den fossilen zu den regenerativen Energien – herrscht weitgehend Einigkeit. Über den Weg wird jedoch häufig gestritten. Kein Wunder, machen die Erneuerbaren Energien doch nicht immer und überall eine gute Figur.

Einerseits punkten sie mit der quasi kostenfreien Verfügbarkeit von Wind und Sonne, einer guten CO₂-Bilanz und den mittlerweile erschwinglichen Kosten für die Stromproduktion. Andererseits werden Flächenverbrauch, Beeinträchtigungen von Natur und Landschaftsbild und eine oft ungleiche Verteilung von Nutzen und Lasten mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien vor Ort zunehmend spürbar.

Doch spätestens seit den Beschlüssen der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 steht fest: Klimaschutz ist ohne Energiewende nicht zu haben. Dazu müssen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien vor Ort genügend geeignete Flächen in Wert gesetzt werden. In Sachen Klimaschutz und Energiewende sind die Kommunen deshalb von zentraler Bedeutung. Um die Energiewende auch lokal mit Mehrwert für die Region voranzutreiben, wünschen sich daher viele Städte und Gemeinden Instrumente und fördernde Rahmenbedingungen, die ihnen die Umsetzung beziehungsweise Unterstützung von EE-Projekten erleichtern.

In dieser Broschüre stellen wir Ihnen vor, welche Möglichkeiten für eine regionale Energieflächenpolitik das W³-Projektteam seit dem Sommer 2013 herausgefunden und gemeinsam mit Bürgermeistern, Regionalmanagern und weiteren Akteuren der Energiewende erprobt hat.

Dass Kommunen eine regionale Energiewendepolitik betreiben und von der Regionalplanung dabei unterstützt werden können, schildern ein Brandenburger Bürgermeister, die Leiterin der Regionalen Planungsstelle Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und der Vorstand der neu gegründeten Bürgergenossenschaft TIR Energie eG im Interview ab Seite 6. Im Anschluss erfahren Sie, wie Sie mit dem Energieflächenrating geeignete



Welche Flächen sollen für Erneuerbare Energien genutzt werden? Foto: Marion Winkler

Flächen identifizieren und bei der Umsetzung von Projekten das Wohlstandsradar einsetzen können.

Denn eines ist deutlich geworden: Auch wenn die Bedingungen für EE-Projekte seit der EEG-Reform 2014 nicht einfacher geworden sind und die Kommunen zwischen Flächeneigentümern und Regionalplanung oftmals ‚zwischen den Stühlen‘ sitzen, arbeiten viele doch weiter intensiv an ‚ihrer‘ Energiewende. Mit welchen Institutionen unsere Partnerregionen die Koordination des EE-Ausbaus schaffen wollen und mit welchen Projekten sie heute schon die Energielandschaften von morgen gestalten, lesen Sie ab Seite 22.

Vielleicht geht es Ihnen dann genauso, wie es uns gegangen ist: Sie entdecken Spielräume und Elemente für eine aktive Gestaltung der Energiewende, die trotz vieler Herausforderungen und Hemmnisse vorhanden sind. Und vielleicht stellen Sie fest, dass einiges davon gut zu Ihren energiepolitischen Zielen passt.

Wenn Sie davon Gebrauch machen, ist das ganz in unserem Sinne. Denn die Energiewende wird durch alle vorangebracht, für die Klima- und Umweltschutz zusammen gehören und die sich dafür einsetzen, dass Nutzen und Lasten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien möglichst fair verteilt werden.

*Viel Erfolg wünscht Ihnen
Susanne Schön mit dem W³-Projektteam*

Exkursion nach Rheinland-Pfalz: Lausitzer Regionalplaner unterwegs in der Energielandschaft Morbach. Foto: Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald



Auf einen Blick: Wachstum, Widerstand, Wohlstand als Dimensionen einer regionalen Energieflächenpolitik

Ob Solarenergie, Windkraft oder Biomasse – Erneuerbare Energien brauchen Platz. Energiewende und Erneuerbare-Energien-Gesetz haben daher die Nachfrage nach Flächen für Anlagenstandorte und Biomasseproduktion in ländlichen Regionen spürbar erhöht. Die Kommunen als zentrale Akteure stehen vor der Aufgabe zu überprüfen, welche Erneuerbaren Energien unter technischen, ökologischen, wirtschaftlichen und Akzeptanz-Gesichtspunkten am besten auf welchen Flächen realisiert werden können.

Kommunen beim Ausbau Erneuerbarer Energien unterstützen

Welche Erneuerbare-Energie-Anlage kann auf welcher Fläche am besten genutzt werden? Wie können Erneuerbare-Energie-Projekte umwelt- und sozialverträglich umgesetzt werden? Wie können Erneuerbare-Energie-Projekte zum regionalen Wohlstand beitragen? Wie lässt sich die Flächennutzung steuern – und was können die Kommunen beeinflussen?

Entlang dieser zentralen Fragen wurden im Projekt W³ – Regionale Energieflächenpolitik Instrumente und Handlungsempfehlungen für die Politik zur Umsetzung und räumlichen Koordination der EE-Nutzung erarbeitet und in drei Regionen erprobt. Zum Team unter der Leitung des inter 3 Instituts für Ressourcenmanagement gehören Forscher der TU Berlin, BTU Cottbus-Senftenberg und Hochschule Anhalt sowie Praxispartner der Landkreise Tirschenreuth (Bayern)

und Wittenberg (Sachsen-Anhalt) und der Stadt Uebigau-Wahrenbrück (Brandenburg).

Was ist eine regionale Energieflächenpolitik?

Zunächst wurden im Projektteam Kriterien für eine regional optimierte EE-Flächennutzung erarbeitet: Regionale Energieflächenpolitik zielt auf eine bürgernahe Umsetzung von EE-Projekten auf möglichst gut geeigneten Flächen, wobei Windenergie unverzichtbarer Bestandteil des Energiemix ist. Ziel ist es, beim Ausbau der Erneuerbaren Energien auf eine regional optimierte, möglichst transparente und faire Verteilung von Lasten und Nutzen (Wohlstand) von EE-Projekten hinzuwirken. Dazu koordinieren regionale Manager die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die damit verbundenen Aktivitäten und schlagen die jeweils am besten geeigneten Flächen vor.

Die Energiewende aktiv gestalten – Erfahrungen aus der Praxis

Die Partnerregionen sind ländliche Regionen, die die demografischen, energie- und klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft aktiv gestalten wollen. Koordinatoren haben die vorhandenen regionalen Spielräume für einen möglichst transparenten und umweltverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien erkundet



Für die Energiegenossenschaft werben: Informationsveranstaltung in Waldeck
Foto: Landkreis Tirschenreuth



Instrumente zur Diskussion stellen:
Arbeitsstreffen des Projektteams im Sommer 2014 in Waldsassen. Foto: Josef Konradl

und jeweils eigene Wege in Richtung Energiewende eingeschlagen (Seite 22 und Seite 30):

- Die Stadt Uebigau-Wahrenbrück etabliert das „Transfer- und Transformationszentrum Erneuerbare Energien“ in der Brikettfabrik LOUISE als Kompetenzzentrum für die regionale Energiewende in der Energieregion Lausitz.
- Im oberpfälzischen Landkreis Tirschenreuth hat sich die „TIR Energie eG, Bürgergenossenschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ gegründet, um regional verankerte EE-Projekte umzusetzen.
- In der Region Anhalt, zu der der Landkreis Wittenberg gehört, haben sich Akteure zur „Energieavantgarde Anhalt“ zusammenschlossen, um die Energiewende durch den Aufbau eines regionalen Energiesystems voranzutreiben.

Praktische Instrumente für die regionale Energieflächenpolitik

Außerdem wurden vier Instrumente entwickelt und erprobt, die im Rahmen der regionalen Energieflächenpolitik zum Einsatz kommen können. Das Energieflächenrating erlaubt eine systematische Analyse von Flächen hinsichtlich ihrer Eignung für die Gewinnung von Solar- oder Windenergie auch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Tragfähigkeit (Seite 10). Für

die GIS-gestützte Energieinformation für Kommunen, kurz GISEK, wurde das Energieflächenrating in einem automatisierten Berechnungsmodell umgesetzt und eine Online-Kartenanwendung dazu erstellt (S.13). Das regionale Wohlstandsradar zeigt mögliche Wohlfahrtseffekte von EE-Projekten für die Region – je nach gewähltem Betreibermodell – auf und hilft bei der Erarbeitung und Anpassung von Umsetzungskonzepten (Seite 18). Mit dem regionalen Akzeptanz-Radar können vorhandene Widerstände, Einwände und Bedenken gegenüber Themen und Projekten sichtbar gemacht und Möglichkeiten für Entscheidungsträger identifiziert werden, wie sie mit Kritik umgehen können.

Handlungsempfehlungen für eine regionale Energieflächenpolitik

Zusätzlich wurden auf der Basis von rund 40 Interviews mit regionalen Energiewende-Akteuren sowie einer Online-Befragung von Kommunen der Bundesländer Bayern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt Empfehlungen für eine regionale Energieflächenpolitik ausgearbeitet. Sie geben für die Bundesebene, die Länder, Regionale Planungsstellen und die Kommunen Hinweise dazu, wie eine regionale Energiewende unterstützt und vorangetrieben werden kann. Kommunen, die eine proaktive und gestaltende regionale Energieflächenpolitik betreiben wollen, bekommen Empfehlungen, wie sie die räumliche Steuerung der Energiewende vor Ort im Rahmen der bundes-, landes- und regionalplanerischen Vorgaben angehen und umsetzen können. Konkrete Beispiele zeigen, wie Kommunen bestehende Spielräume für ein aktives Flächenmanagement nutzen und wie eine regionale Energieflächenpolitik konkret befördert werden kann (Kurzfassung Seite 29).

Mehr Informationen:
www.w3-energieflächenpolitik.de



Energielandschaft in Uebigau-Wahrenbrück: PV-Anlage und Windpark im Ortsteil Bönitz
Foto: Predl GmbH

Die Energiewende braucht eine regionale Standortpolitik der Kommunen

Wind, Sonne und die Tiere in Wald und Flur scheren sich nicht um Gemeindegrenzen. Und energiewirtschaftliche Wertschöpfung lässt sich oft leichter erreichen, wenn Flächenpotenziale gemeinsam bewertet und in Wert gesetzt werden. Was können Kommunen und regionale Planungsstellen, aber auch die Energieproduzenten vor Ort konkret tun, um die Energiewende aktiv zu befördern und regionale Wohlstandseffekte zu erzielen? Ein Gespräch mit Marion Schilling, Leiterin der Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg in Sachsen-Anhalt, Andreas Claus, Bürgermeister der Stadt Uebigau-Wahrenbrück in Brandenburg, und Markus Sporrer, Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft „TIR Energie“ im Landkreis Tirschenreuth in Bayern.

Herr Claus, als Bürgermeister von Uebigau-Wahrenbrück bringen Sie in der Energieregion Lausitz seit Jahren erfolgreich Wirtschaft, Bürger und Verwaltung zusammen, um gemeinsam den Wandel von den alten, fossilen Energien zu den erneuerbaren Energien zu gestalten. Erst Ende letzten Jahres hat Brandenburgs Infrastrukturministerin Kathrin Schneider diese vorausschauende Energie- und Klimaschutzpolitik gelobt, weil sie in der stark schrumpfenden Region Arbeitsplätze erhält und schafft. Was ist Ihr Rezept?

Andreas Claus: *Mir ist in der Tat eine vorausschauende Politik mit langem Atem wichtig. Wichtigste Handlungsgrundlage ist unser integriertes Klimaschutzkonzept, das die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit beschlossen hat. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien setzen wir auf mittel- und langfristige Perspektiven und denken die Themen Energiemix, Energieeffizienz, Energieverbrauch und Speicherung zusammen. Wir vernetzen Einzelprojekte zu einem größeren Ganzen, betreiben Flächenverratsmanagement und kooperieren stark mit unseren Nachbargemeinden, ob in der Kurstadtregion Elbe-Elster, einem Zusammenschluss aus vier Nachbargemeinden, in der ca. 27.000 Menschen leben, oder in der Energieregion Lausitz.*

Einige ortsansässige Unternehmen erwirtschaften mittlerweile 20 Prozent ihres Umsatzes im Erneuerbare-Energien-Bereich. Die Tendenz ist steigend. Auch die Netzausbaumaßnahmen in der Region tragen zur Wertschöpfung bei. Viele weitere positive Effekte sind für die Bürger erlebbar: Stadtbildprägende Gebäude im Ortszentrum wurden saniert und haben neue Bewohner gefunden. Projekte von der Energieholzplantage über die Windkraftanlage mit Bürgerbeteiligung bis zur Windstrom-Tankstelle für den E-Bike-Tourismus bringen neue Impulse für die gesellschaftliche

und wirtschaftliche Entwicklung. Das alles funktioniert, weil ich innerhalb der Stadtverwaltung eine Arbeitsteilung mit der Regionalkoordinatorin für Erneuerbare Energien und dem Klimaschutzmanager pflege, die mir im Tagesgeschäft genügend Freiraum für die strategischen Aufgaben wie Vernetzung, Projekt- und Fördermittelakquise usw. lässt. An dieser Stelle daher ein herzliches Dankeschön an meine aktiven Projektpartner und Projektbegleiter.

Frau Schilling, Sie leiten die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Damit liegt die räumliche Koordination der Energiewende in einer Region mit mehr als 3.600 Quadratkilometern in Ihrer Obhut. Nun hat sich die Energieavantgarde Anhalt, kurz EAA, gegründet, um die knapp 400.000 Einwohner mit erneuerbaren Energien zu versorgen und dafür ein regionales Stromsystem aufzubauen. Kann das funktionieren und welche Herausforderungen müssen dafür gemeistert werden?

Marion Schilling: *Mit dem Ziel, ein regionales Stromsystem zu etablieren, hat sich die EAA ein visionäres Ziel gesetzt. Der Weg dahin muss nun Schritt für Schritt gefunden werden. Wir waren von Anfang an, also seit 2013, in die Entstehung der EAA eingebunden – schon vor der Gründung des Vereins. Dadurch sind Vertrauen und gegenseitiges Verständnis gewachsen zwischen den Pionierunternehmen und Forscherteams einerseits und den Belangen der Regionalplanung andererseits. Mein Eindruck ist: Das tut beiden Seiten gut. Schließlich soll das Experimentieren im realen Raum passieren, also auch echte Auswirkungen haben. Windkraftanlagen, die sich nur für den Stromexport drehen und dann wegen Netzüberlastung stillstehen, schaffen keine Akzeptanz für die Energiewende.*

Deswegen geht es jetzt darum, den nächsten Schritt zu gehen und die Datenbasis für ein regionales Stromsystem zu schaffen. Erst wenn wir wissen, wie viele Anlagen mit welcher Kapazität in welchen Eignungsgebieten Energie produzieren und wie hoch der Strombedarf in der Region ist, wird deutlich, wie viel EE-Produktion



Foto: Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Andreas Claus ist seit 2003 Bürgermeister der Stadt Uebigau-Wahrenbrück im Südwesten Brandenburgs. Seit 1990 engagiert er sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik und hat als Diplompädagoge an einem Gymnasium schon immer die Verbindung zwischen Theorie und Praxis gesucht. Als Gründungsmitglied des Fördervereins Elbe-Elster-Tours e.V. schnürt er öfter die Laufschuhe oder ist mit dem Kanu unterwegs.



Marion Schilling leitet seit 2002 die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Zuvor war die diplomierte Agraringenieurin bis 1990 in der Landwirtschaft und anschließend viele Jahre als Planerin im ländlichen Raum tätig. Neue Energie ‚tankt‘ die passionierte Pferdesportlerin am besten bei einem ausgedehnten Ausritt.

Foto: Holger Naumann

zusätzlich noch benötigt wird und welche Flächen dazu geeignet sind. Parallel unterstützt die Regionalplanung Erzeuger und Kommunen darin, die Erzeugungskapazitäten auf vorhandenen Standorten durch Repowering zu erhöhen und Betreibermodelle mit kommunaler Wertschöpfung umzusetzen – auch ein Ziel der Energieavantgarde.

Herr Sporrer, Sie gehen im Landkreis Tirschenreuth mit der Bürgergenossenschaft TIR Energie eG ganz bewusst bürgernah, dezentral und Schritt für Schritt vor. Dafür aber zielstrebig und zügig: Ihr erstes Energieprojekt – eine Aufdach-Photovoltaikanlage auf dem kreiseigenen Bauhof – ist im November 2015 erfolgreich ans Netz gegangen, kaum sechs Monate nach Gründung der Genossenschaft. Wie haben Sie das geschafft, vor allem auch hinsichtlich der Finanzierung?

Markus Sporrer: *Die TIR Energie eG stieß bereits zur Gründung auf so viel Interesse und Unterstützung der Bürger, dass wir unser Gründungsprojekt auch mit Eigenkapital hätten finanzieren können. Da uns die schnelle und positive Gründungsprüfung durch den Genossenschaftsverband wichtig war und auch die schnelle Realisierung unseres „Erstlings“, haben wir mit einer 30 Kilowatt-Anlage auf dem*

Dach des Kreisbauhofes ein solides und überschaubares Projekt in Angriff genommen. So haben wir mit dem ersten Schritt einen sicheren Fuß auf die Erde bekommen und auch im Sinne unserer Mitglieder gehandelt. Mit ihrem Vertrauen und ihrer Unterstützung werden wir in Zukunft auch schwierigere und größere Projekte in Angriff nehmen, als Nächstes eine weitere PV-Aufdachanlage.

Die Energiewende ist gesellschaftlich breit akzeptiert. Dennoch wehren sich viele Menschen, wenn in ihrer Nachbarschaft konkrete Energieflächen für Windkraft, Biomasseanbau oder Solaranlagen ausgewiesen oder genutzt werden. Was kann die Kommunalpolitik tun, um die Energiewende möglichst bürgernah zu gestalten?

Markus Sporrer: *Die Kommunalpolitik hat es hier sicher nicht einfach, sie soll im Interesse aller Bürger der Kommune entscheiden. Wichtig ist aber, dass sie die negativen Stimmen einzelner Gegner, die man leider lauter wahrnimmt, als die Stimmen der Befürworter, nicht überbewertet und sich von ihnen leiten lässt. Das Interesse der Allgemeinheit wahrzunehmen braucht hier auch etwas Mut der Kommunalpolitiker und proaktives Handeln. In der Regel gibt es Akteure in der Bürgerschaft, die von Anfang*

an mit eingebunden werden können. Insgesamt sollten die Bürger frühzeitig informiert und am Entscheidungsprozess beteiligt werden. Wenn dann auch noch finanziell ein Mehrwert für Bürger und Kommune entsteht, indem zum Beispiel das Projekt durch eine Energiegenossenschaft realisiert wird, hat man die besten Voraussetzungen für Akzeptanz. Eine Garantie gibt es aber nie und jedes Projekt ist anders, man muss einfach dranbleiben.

Andreas Claus: *Dem kann ich nur zustimmen. Wir können Bürger und Unternehmen nur überzeugen, wenn sie wissen, dass wir uns sehr handfest für ihre Interessen stark machen und uns nicht über den Tisch ziehen lassen. Wir schrecken vor keiner Kooperation mit Investoren zurück, mit denen wir auf Augenhöhe verhandeln können. Viele Bürger möchten aber auch nur ‚Strom aus der Steckdose‘, sind also keine Energiewende-Pioniere. Die wollen nur wissen, dass ihre Kommunalpolitiker die Energiewende auf dem ‚Stand von Wissenschaft und Technik‘ gestalten und jede Zukunftschance für die Stadt nutzen. Diesem Anspruch muss man gerecht werden.*

Marion Schilling: *Energieprojekte bürgernah umzusetzen, ist nicht einfach. Es kann helfen, wenn Kommunen Flächennutzungsentscheidungen im Gemeindegebiet aktiv managen, auf Flächeneigentümer zugehen, Flächenpools bilden. Aber letztlich müssen alle Seiten Kompromisse machen. Es hängt also von den Personen ab. Vieles liegt auch außerhalb der kommunalen Reichweite. Hilfreich wäre beispielsweise eine einheitliche Regelung des Mindestabstands von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung, um die Sorge der Bürger vor zu hoher Lärmbelastung zu verringern. Bei privilegierten Vorhaben muss man sogar aufpassen, Bürger in Beteiligungsverfahren nicht zu verärgern, denn letztlich sind die Spielräume für eine Mitgestaltung unter den derzeitigen Rahmenbedingungen kaum vorhanden.*

„Wer soll das alles bloß machen?“ haben wir zum Thema regionale Koordination der Energiewende von den Verantwortlichen des Öfteren gehört. Was würde es den Kommunen Ihrer Meinung nach erleichtern, die Umsetzung vor Ort aktiv zu gestalten? Was können Bund und Länder tun?

Marion Schilling: *Meines Erachtens sind klar erkennbare Ziele von Seiten des Bundes und der Länder erforderlich, damit die Kommunen einen Orientierungsrahmen für ihre Aktivitäten haben. Dies betrifft das Gesamtsystem, beispielsweise den Netzausbau, damit klar wird, in welche Richtung es geht. Und es betrifft den EE-Ausbau vor Ort. Hier könnten beispielsweise, ähnlich wie beim Vogelschutz, wesentliche Kategorien für den Schutz der Menschen vor den Auswirkungen von Windkraftanlagen komplett vorgegeben werden. Letzter Punkt sind die lokalen und regionalen Energiekonzepte. Absolut sinnvoll aus meiner Sicht, aber was da genau hineingehört und wie daraus dann Taten werden, ist völlig offen. Das führt dazu, dass zwar viel Papier produziert wird, die Konzepte aber zu unterschiedlich sind für die räumliche Koordinierung. Hier fehlt ein fachliches Korsett.*

Markus Sporrer: *Wichtig wäre es vor allen Dingen, die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen verlässlicher und planbarer zu gestalten, die letzten Jahre war genau das Gegenteil der Fall. Mit einer klaren Linie von Bund und Ländern ließe sich die Energiewende noch schneller und effizienter vorantreiben. Bürgerliches Engagement und Kapital sind im ausreichenden Umfang verfügbar. Zudem haben die Kommunen Interesse daran, vor Ort mit zu entscheiden, wie die Energiewende in der Region umgesetzt wird. Eine regionale Koordination, die Planungsprozesse und Projekte beratend begleitet, wäre sicher von Vorteil, denn so stünde beispielsweise ein neutraler Ansprechpartner zur Verfügung, um unterschiedliche Interessen*

der Bürger oder der Nachbarkommunen auszugleichen.

Andreas Claus: *Wir betrachten Energiewende und Klimaschutz zusammen. Es fehlt ein konsistenter Zielrahmen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Energieregion Lausitz war schon immer ein „Energie-Export-Land“. Im Wandel von den fossilen zu den erneuerbaren Energien wollen wir diese Wertschöpfungspotenziale nicht aus der Hand geben. Deswegen müssen die Kommunen früher mit an den Tisch, wenn es auf Landes- und regionaler Ebene um die Kriterien für die Ausweisung von Flächen für Windenergie geht. Zweitens brauchen gerade Kommunen, die finanziell notleidend sind, Erträge aus EE-Projekten. Energie- und Klimaschutzpolitik wäre noch dichter am Bürger dran, wenn es gelänge, die Erträge bei großen Energieerzeugungsanlagen wie Windparks auch steuerrechtlich zugunsten der Standortgemeinden zu verändern. Es ist an der Zeit, dass der Gesetzgeber hier endlich reagiert.*

Falls Sie jetzt noch Zeit hätten, zusammen eine Tasse Kaffee oder Tee zu trinken, welches Thema oder welche Frage würden Sie gern miteinander erörtern?

Markus Sporrer: *Mich interessiert besonders der Austausch darüber, welche Geschäftsmodelle es in Zukunft geben wird, um mit Bürgerprojekten die Energiewende zum Wohle der Regionen voranzutreiben.*

Andreas Claus: *Da bin ich sofort mit dabei. Außerdem würde ich die Frage von Frau Schilling aufgreifen, wie ein lokales oder regionales Energiekonzept geschrieben und von wem es entschieden werden muss, um tatsächlich handlungswirksam zu werden.*

Marion Schilling: *Einverstanden. Wenn dann noch Zeit bleibt, möchte ich wissen, wie das Thema ‚regionales Stromsystem‘ bzw. die Energieversorgung im Stadt-Land-Verbund bei Ihnen jeweils diskutiert wird.*

Die Fragen stellte Helke Wendt-Schwarzburg.

Markus Sporrer gründete 2010 das Unternehmen SM-Energy GmbH mit derzeit 32 Mitarbeitern. Bereits 2005 startete der ausgebildete Landwirt und Fachagrarwirt für Erneuerbare Energien als Energiemanager (IHK) in die Selbständigkeit. Seit April 2015 ist er 1. Vorsitzender der Energiegenossenschaft TIR Energie eG, die im Herbst ihre Geschäftstätigkeit aufnahm. Die privaten regenerativen Energiequellen des jungen Familienvaters sind die gemeinsame Freizeit mit der Familie und ausgedehnte Touren auf dem Mountainbike.

Foto: Klaus Schuster



Windkraftanlagen bei Luckau
Foto: Jörg Walther
PV-Freiflächenanlage in Ortsrandlage
Foto: Moreno Soppelsa / 123rf.com



Welche Energie ‚wächst‘ auf welcher Fläche? Das Energieflächenrating hilft Kommunen bei der Standortsuche

Wofür soll eine Fläche genutzt werden? Für PV-Freiflächen, für Windräder oder doch für etwas ganz anderes? Standortentscheidungen sind nicht einfach, denn jede Fläche ist anders. Mit dem Energieflächenrating können Kommunen Standortsuche und Systementscheidungen leichter durchführen und besser begründen – mit der Rating-Note.

Der Beitrag einer Kommune zur Energiewende hängt davon ab, ob ausreichend Flächen für die Erzeugung Erneuerbarer Energien zur Verfügung stehen. Doch welche Energie soll auf welcher Fläche erzeugt werden? Windhöufigkeit, Verkehrsanbindung, Stromanschluss, aber auch die Lage – beispielsweise im

Landschaftsschutzgebiet – bestimmen mit darüber, auf welcher Fläche Windenergie oder Sonnenenergie am besten ‚wachsen‘. Ein Vergleich verschiedener Standorte war bisher nicht einfach. Das Energieflächenrating hilft Kommunen, Standorte für Wind- und Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) nach technischen und ökonomischen

Faktoren zu bewerten und miteinander zu vergleichen. Am Ende steht eine klare Aussage: die Rating-Note.

Energiewirtschaftliche Wertschöpfung und Risiken erkennen

Frei verfügbare Modelle zur Abbildung der Eignung von Flächen für die Nutzung regenerativer Energien ermöglichen bisher nur eine Bewertung des potenziellen Ertrags von Flächen für eine Energieart. Welche Faktoren sich auf der anderen Seite ertragsmindernd auswirken können, wird nicht erfasst. Doch auch diese Faktoren sind stark standortabhängig und zudem unterschiedlich bei der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Diese Kenntnisse sind für kommunale Entscheider wichtig. Sie müssen sich im Tagesgeschäft mit den grundsätzlichen Zielen der Energiewende, den Projekten professioneller Entwickler und den Bedenken, Anliegen und gegebenenfalls auch Widerständen der Bürger auseinandersetzen. In diesem Steuerungsdilemma kommt einer effizienten, zielgerichteten und vor allem transparenten Planung eine hohe Bedeutung zu.

Das Energieflächenrating unterstützt Entscheider dabei,

- geeignete Flächen für den Ausbau von Wind oder Solarenergie aufzuspüren,
- Standorte hinsichtlich ihrer Eignung für die Gewinnung regenerativer Energie aus Wind- oder Sonnenkraft zu untersuchen,
- Standorte systemübergreifend miteinander zu vergleichen,
- sich ein grundsätzliches Bild über zentrale Kostenfaktoren der regenerativen Energiegewinnung an einem Standort zu machen,
- Informationen für die räumliche Steuerung ihrer Klimastrategie zu gewinnen.

Energieflächenrating: Komplizierte Bewertungen nachvollziehbar machen

Das Energieflächenrating ist ein Instrument zur Unterstützung kommunaler Standortentscheidungen. Es bietet eine stark verdichtete Aufbereitung

von Informationen über die Eignung von Flächen für Wind- und PV-Anlagen und bezieht neben der klassischen Ertragsabschätzung Kostenfaktoren wie die Entfernung zu Straßen oder den Aufwand zur Netzanbindung in die Betrachtung ein.

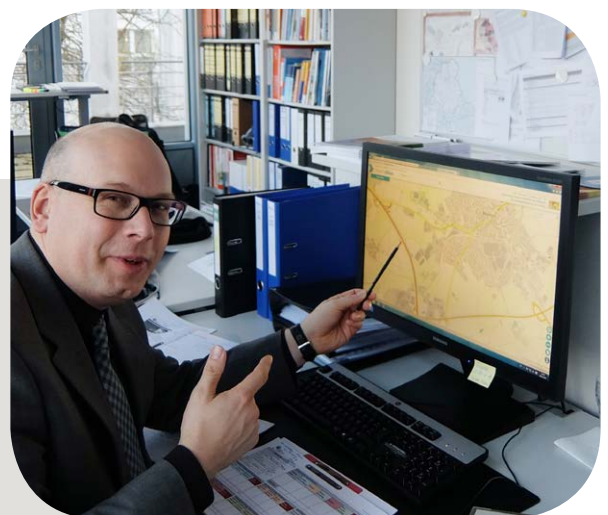
Das Verfahren erlaubt zudem, die Potenziale von aus rechtlichen Gründen ausgeschlossenen Flächen, sogenannten Tabuzonen, anzuzeigen. Inwieweit die Potenziale dort tatsächlich genutzt werden können, muss die Kommune im Einzelfall gemeinsam mit den Fachbehörden vor Ort diskutieren und abwägen. Das Rating empfiehlt hierzu ein Grundset an Tabukriterien, an denen sich die Potenzialermittlung orientieren kann.

Die abschließende Bewertung von Eignungen erfolgt in Form von Schulnoten. So lassen sich die Vor- und Nachteile einzelner Flächen gut erkennen und für die räumliche Steuerung von Investitionsabsichten einsetzen.

Das Energieflächenrating ist eine Grundvoraussetzung für ein kommunales Engagement in der Energieflächenpolitik. Es hilft Standorte auf ihre Eignung für Windkraft- oder PV-Freiflächenanlagen hin zu untersuchen und zu vergleichen. Besonders gut finde ich das Schulnotensystem, da es eine einfache Handhabung des Instrumentes Energieflächenrating signalisiert. Durch die Einbeziehung von

Ertragsfaktoren, wie Windhöflichkeit oder Sonneneinstrahlung sowie von finanziellen Ansätzen kann eine bessere Vergleichbarkeit der Flächen hergestellt werden. Bei der Bewertung der Marktbedingungen ist es möglich, Erwartungen des Bewerbers einzuflechten.

Matthias Rösch, Geschäftsführer Energie-Technologisches Zentrum Nordoberpfalz (etz Nordoberpfalz)



etz-Geschäftsführer Matthias Rösch bei der Erprobung des Energieflächenrating
Foto: Susanne Stangl

BEITRAG DES ENERGIEFLÄCHENRATING BEI DER PLANUNG DER KOMMUNALEN ENERGIEWENDE

Windkraftanlage?
PV-Freiflächenanlage?
Oder etwas ganz anderes?

Kann diese Fläche einen Beitrag zur kommunalen
Energiewende leisten?



Quelle: BrandenburgViewer

Energieflächenrating Bewertung anhand von 10 Ausschluss-, Ertrags- und Kostenkriterien für den Standort



Beispielbewertung

- 1: sehr gut
- 2: gut
- 3: befriedigend
- 4: ausreichend
- 5: wenig geeignet
- 6: ungeeignet

PV-Frei: 2.0

WKA: 5.0

Ja. Die Fläche kann einen Beitrag leisten.
PV-Nutzung wäre am Standort gut umsetzbar.

Vertiefende Untersuchungen

Es folgt: Klärung Eigentumsverhältnisse,
rechtliche Umsetzbarkeit, ...



Häufig gestellte Fragen

An wen richtet sich das Instrument? Das Energieflächenrating unterstützt kommunale Entscheider bei der räumlichen Steuerung von Projekten zu Windkraft- oder großen PV-Anlagen.

Wie groß ist der Zeitaufwand? Für die manuelle Anwendung des Energieflächenratings auf eine Fläche benötigen Sie rund zwei 2 Stunden. Bei Nutzung der GIS-Anwendung GISEK vergehen nur Minuten (siehe folgenden Beitrag).

Welche Kosten entstehen? Die Nutzung des Energieflächenratings ist kostenfrei. Es sind lediglich die Personalkosten des Anwenders zu kalkulieren.

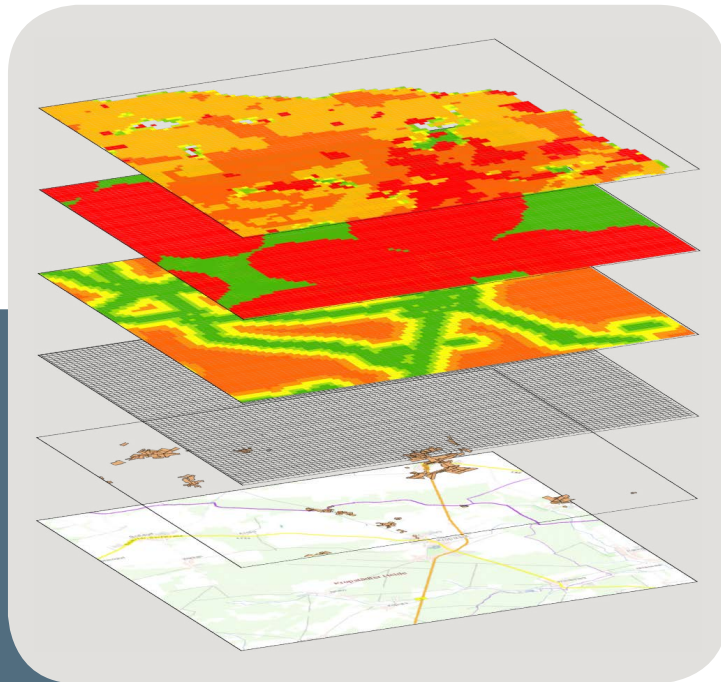
Welche Voraussetzungen müssen für eine Anwendung erfüllt sein? Für die Anwendung sind keine Vorkenntnisse erforderlich. Sie benötigen für Datenabfragen einen Computer mit Internetanbindung.

Linkliste

Leitfaden zur Nutzung des Energieflächenrating:
www.w3-energieflächenpolitik.de/pdf/W3_Leitfaden_Energieflaechenrating.pdf

Bewertungsblatt für das Energieflächenrating:
www.w3-energieflächenpolitik.de/pdf/W3_Bewertungsblatt_Rating.xlsx

Ihre Ansprechpartner:
Cornelia Siebke [siebke@b-tu.de]
Jörg Walther [walther@b-tu.de]



Alles auf eine Karte. GIS-gestützte Energieinformation für Kommunen

Das im Forschungsverbund entwickelte Energieflächenrating vergleicht Flächen hinsichtlich ihrer Eignung für die Gewinnung von Solar- und Windenergie auf nationaler Ebene. Der Erfolg des Ratings steht und fällt mit der Transparenz und Objektivität, Aktualität, Integrität sowie einer einheitlichen Berechnung der Ergebnisse. Hinzu kommt, dass für die Bewertung jeder einzelnen Fläche viele Kriterien, wie beispielsweise Schutzgebiete, Zuwegung oder Windhöffigkeit, berücksichtigt werden müssen. Ein automatisiertes Rating mithilfe eines Geoinformationssystems (GIS) setzt den Zugang zu entsprechenden Daten und die Möglichkeit zur Analyse der Daten voraus.

GIS-gestützte Energieflächenbewertung

Die Bewertung der Flächen erfolgt innerhalb des Berechnungsmodells in einem mehrstufigen Verfahren. Unterschiedlich gewichtete Einzelkriterien werden an Hand der vorhandenen Daten bewertet. Im nächsten Schritt erfolgt eine Überschneidung sämtlicher Kriterien, welche zur Gesamtnote

der Fläche kumuliert werden. Die Bewertung wird in den Abbildungen 1-3 exemplarisch am Einzelkriterium „Zuwegung“ dargestellt. Als Ausgangsbasis dienen die Straßen sowie ein Raster (Abbildung 1), welches das gesamte Betrachtungsgebiet abdeckt. Das Verwenden des Rasters hat den Vorteil, dass bei der komplexen räumlichen Datenanalyse keine kleinteiligen Gebiete entstehen und ermöglicht

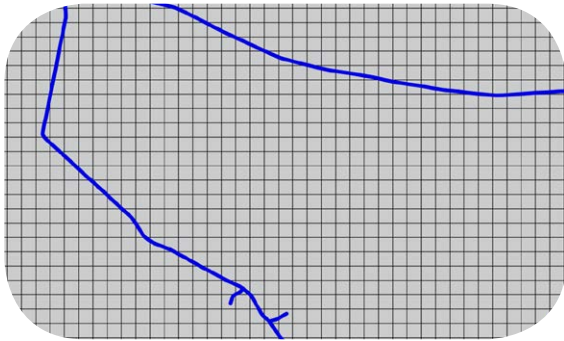


Abbildung 1: Ausgangsdatensatz der Straßen für das Rating der Zuwegung und Vektorgitter des betrachteten Gebietes

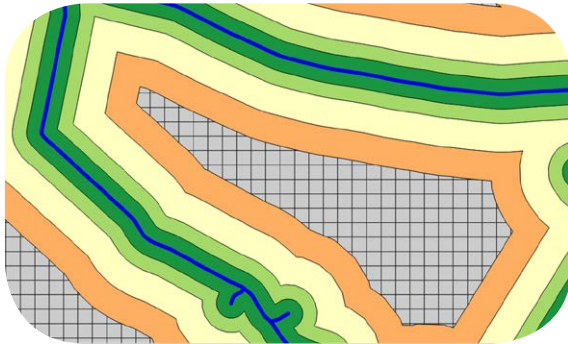


Abbildung 2: Berechnete Pufferflächen der Straßen nach den gegebenen Ratingkriterien

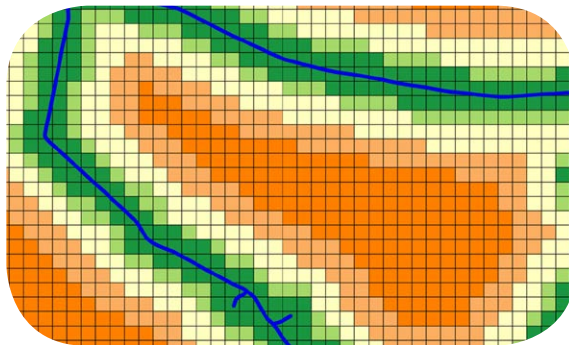


Abbildung 3: Flächenanteilig bewertete Vektorgitterzellen als Ratingergebnis der Zuwegung

darüber hinaus in Abhängigkeit von der Rastergröße eine datenschutzkonforme Ergebnisdarstellung.

Die Grundlage der Flächenbewertung bilden die den Abständen zur Straße zugeordneten Noten. Um die Straßen werden in Abhängigkeit der Abstände Puffer gelegt (Abbildung 2). Diese Pufferflächen repräsentieren die Ratingnoten. Schwer erreichbare Standorte werden schlechter, leichter erreichbare Standorte besser benotet. Außerhalb der Pufferflächen existierende Gebiete entsprechen dem schlechtesten Ratingergebnis. Die bewerteten Gebiete werden flächenanteilig den Vektorgitterzellen zugeordnet und repräsentieren damit das Ratingergebnis des Kriteriums Zuwegung (Abbildung 3).

Strukturen für Akteure mit und ohne GIS-Kenntnisse

Die Umsetzung des Ratings in konkrete Berechnungen bedarf allerdings geeigneter organisatorischer Strukturen. Benötigt werden organisatorische Einheiten für die zur Abbildung der Kriterien notwendigen Daten (Datenanbieter) und für die Infrastruktur zur Berechnung und Visualisierung des Ratings (Serviceanbieter). Zudem ist es erforderlich, das Rating auch an

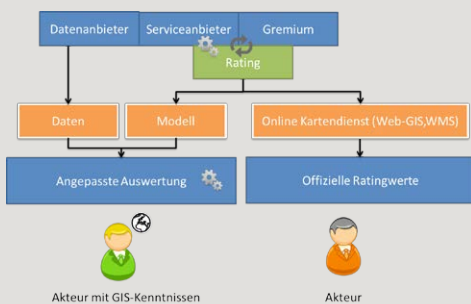


Abbildung 4: Organisatorische Struktur zur Umsetzung des Ratings

GISEK: Kartenbasiertes Energieflächen-rating für kommunale Anwender und Akteure

Es stehen generell zwei alternative Zugänge zur Verfügung:

1. Eine Online-Kartenanwendung bietet einen schnellen und effizienten Zugang zu berechneten Ratingergebnissen in einem betrachteten Gebiet.
2. Für Anwender mit GIS-Kapazitäten besteht die Möglichkeit, mit Hilfe eigener Geodaten und dem anpassbaren Prozessmodell, ein nutzerspezifisches Rating über ein GIS durchzuführen.

www.igv.afg.hs-anhalt.de

Durch die Anwendung des GISEK ist es möglich flächendeckend – über eine Region, ein Land – vergleichbare Informationen zur Eignung der Fläche für die energetische Nutzung bezogen auf Nutzungsarten zu erhalten. Dieser erste grobe Überblick kann dazu beitragen, Planungsabsichten transparenter zu gestalten und die Diskussion fachlich zu untermauern. Durch die Möglichkeit, die Kriterien und Wichtungen ohne erheblichen Aufwand zu ändern, ist es möglich, territoriale Begebenheiten nachzusteuern und so einen guten Praxisbezug herzustellen.

Marion Schilling, Leiterin der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg



Im Rahmen der Energiewende ergeben sich viele Fragestellungen mit Raumbezug. Diese müssen auf kleinräumiger Ebene analysiert werden. So spielt im Bereich erneuerbarer Energien die Suche nach möglichen Standorten eine bedeutende Rolle. Mit Geoinformationssystemen können komplexe, energiewirtschaftliche Themen auf der Basis von fachspezifischen Modellen räumlich analysiert und graphisch kommuniziert werden.

Prof. Dr.-Ing Lothar Koppers, Professur für GIS und digitale Bildverarbeitung an der Hochschule Anhalt

aktuelle technische Entwicklungen sowie sich ändernde politische Ziele anpassen zu können. Diese Anpassungen könnten durch ein Gremium, beispielsweise aus Vertretern der Gebietskörperschaften, Energieerzeuger, Politik, Landesvermessungsämter, Wissenschaft und Technik inhaltlich erarbeitet, und anschließend vom Serviceanbieter technisch realisiert werden.

Abbildung 4 zeigt eine mögliche geeignete Organisationsstruktur zur Umsetzung des GIS-gestützten Energieflächenratings im Überblick. Da es als automatisierter Prozess umgesetzt wird, bietet es gegenüber der manuellen Erstellung nicht nur den Vorteil der Zeitersparnis, sondern vermeidet insbesondere subjektive Einflussnahmen.

Die Anforderungen, die von kommunalen Akteuren an GIS-gestützte Energieinformationen gestellt werden, sind sehr heterogen. Die einen möchten sich mit wenigen Klicks einen Überblick verschaffen, andere wollen Fachdaten selbst einpflegen und anpassen. Ebenso unterschiedlich sind die Ressourcen verteilt, hier kleinere

Gebietskörperschaften ohne eigene GIS-Sachbearbeitung und Zugang zu den erforderlichen Geodaten, dort größere Kommunen mit eigenen GIS-Kompetenzen und Ressourcen. In dieser Situation erscheinen übergeordnete Institutionen, beispielsweise die Landesvermessungsbehörden, für ein offizielles nationales Rating als Serviceanbieter besonders geeignet, da sie grundsätzlich über die notwendigen infrastrukturellen und personellen Ressourcen verfügen. Darüber hinaus kann ihnen in der Regel kein Eigeninteresse unterstellt werden, wodurch die Objektivität und damit die Integrität des Ratingergebnisses befördert wird. Zudem ist mit den amtlichen Geobasisdaten ein national einheitlicher und amtlicher Datenbestand vorhanden, der bereits einen überwiegenden Teil der relevanten Kriterien abbildet. Noch fehlende Datenbestände sind im GIS-gestützten Rating durch national einheitliche Datenbasen, zur Windhöflichkeit beispielsweise von Seiten des Deutschen Wetterdienstes, ergänzt.

Open-Source-GIS und Web-Dienst als technische Lösung

Um den verschiedenen Anforderungen an die funktionale Umsetzung gerecht zu werden, wird Akteuren das GIS-gestützte Rating als Datenverarbeitungsprozess in einem Open-Source-GIS erstellt und auf die Datenbasis angewendet. Das Ratingergebnis wird dann als Karten-Dienst (Web Map Service) zur Einbindung in eigene Geoinformationssysteme sowie zur schnellen Information in einer sehr einfach zu bedienenden Kartenanwendung online bereitgestellt. Zur Berechnung eines eigenen benutzerdefinierten Ratings können Open-Source-GIS und Datenverarbeitungsprozess angepasst werden. Ein solcher neuer Prozess setzt den Zugang zu den Geodaten voraus, auf die er angewendet wird. Diese Option richtet sich an Akteure mit den nötigen Ressourcen im Bereich GIS.

Ihre Ansprechpartner:

Prof. Dr. Lothar Koppers
[L.Koppers@afg.hs-anhalt.de]
Christian Wolff [C.Wolff@afg.hs-anhalt.de]
Tobias Kirschke
[t.kirschke@afg.hs-anhalt.de]

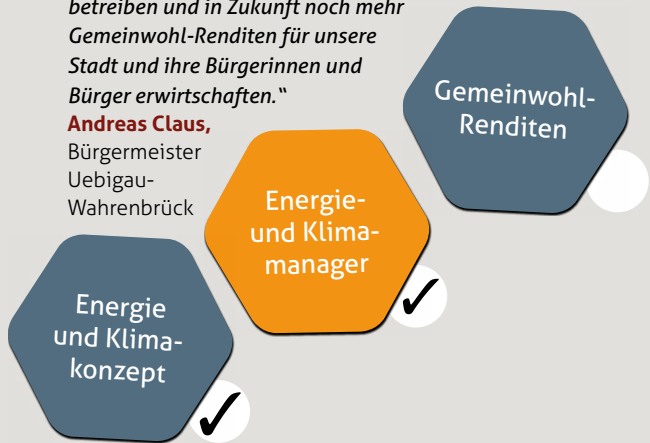
Elemente regionaler Energieflächenpolitik: Das können Sie tun



Ein Beispiel

„Wir haben seit 2013 ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept und seit Februar 2016 einen Energie- und Klimaschutzmanager. Jetzt können wir als Kommune aktiv Flächenmanagement betreiben und in Zukunft noch mehr Gemeinwohl-Renditen für unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften.“

Andreas Claus,
Bürgermeister
Uebigau-
Wahrenbrück

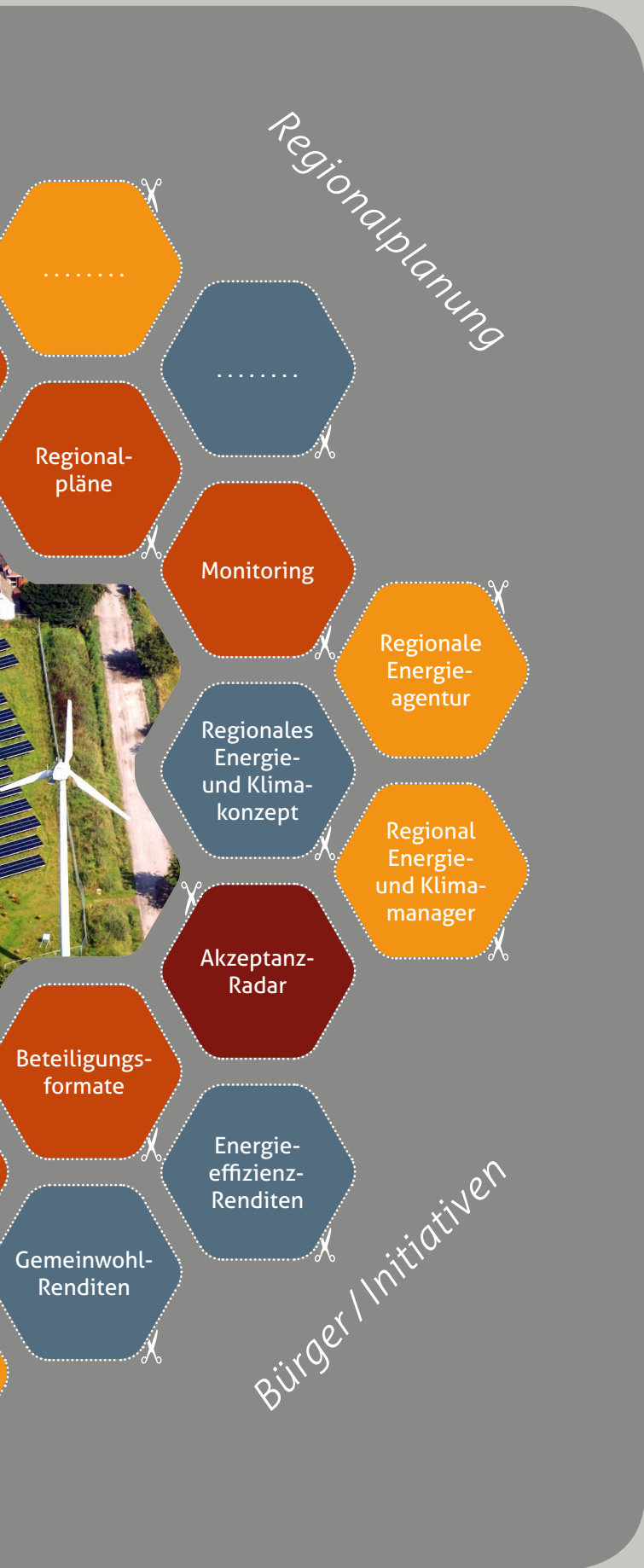


W3-Instrument

Instrument

Akteur

Strategie



Und wie gehen Sie vor?





Foto: Susanne Stangl

Das Wohlstandsradar: Nutzen und Lasten fair verteilen

Sich drehende Windräder, blau schimmernde Solaranlagen oder dunkelgrüne Kuppeln von Biogasanlagen, sie sind mancherorts zu einem prägenden Teil des Landschaftsbilds geworden. Mit den erneuerbaren Energien (EE) wird die Stromerzeugung wahrnehmbarer. Sie rückt näher an den Menschen heran. Einige Anwohner, Bürgermeister und Urlauber empfinden dies als zu nah. Wenn Bürger zudem das Gefühl haben, dass der Nutzen – umwelt- und klimafreundlicher Strom, Pacht- und Steuereinnahmen – und die Lasten – Verkehr, Reflektionen, Lärm, Geruch – unangemessen verteilt sind, kann ein weiteres Wind-, Solar- oder Biogasprojekt für die Anwohner bereits eines zu viel sein. Als Konsequenz steigt die Skepsis in der Region und es regt sich möglicherweise Widerstand.

Die Art der Umsetzung in den Blick nehmen

Meistens wird über Sein oder Nicht-Sein einer geplanten EE-Anlage gestritten. Über die Art der Umsetzung – das Wie – wird hingegen seltener diskutiert. Überraschenderweise, denn dabei geht es darum, wie eine avisierte Anlage an einem Standort so geplant und betrieben werden kann, dass möglichst viele profitieren werden. Die Wie-Frage rückt das Gemeinwohl stärker in den Blick und fordert auf zu präzisieren, was unter regionalem Wohlstand verstanden wird. Denn jenseits von Geld geht es vor Ort ebenso um ein lebenswertes Wohnumfeld, um Mitgestaltungs- oder Mitbestimmungsmöglichkeiten und Chancen auf eine wirtschaftliche Entwicklung.

Im W³-Projekt haben wir für eine faire, auf viele Köpfe bezogene Verteilung des Nutzens das sogenannte Wohlstandsradar entwickelt. Es soll Bürgermeistern und Bürgern, Projektentwicklern und Energiegenossenschaften, Befürwortern und Gegnern von EE-Anlagen helfen, die möglichen Wohlandseffekte einer geplanten Anlage zu erfassen und verschiedene Eigentümer- und Betreibervarianten eines Projektes zu beurteilen. Doch wie geht das genau?

Varianten in sieben Schritten vergleichen und bewerten

Die vergleichende Bewertung verschiedener Eigentümer- und Betreiberkonzepte eines EE-Projekts mit Hilfe des Wohlstandsradars umfasst sieben Arbeitsschritte. In Zusammenarbeit mit dem Landkreis Tirschenreuth haben wir das Wohlstandsradar am Beispiel einer Freiflächen-Photovoltaikanlage getestet. Und so funktioniert es:

1. Schritt: Die Situation beschreiben

Welche Art von Anlage soll wo gebaut werden? Wer will Eigentümer und Betreiber der Anlage werden? Welche alternativen Eigentümer- und Betreibervarianten sind denkbar? Diese Fragen dienen der Klärung der Ausgangssituation.

Im Landkreis Tirschenreuth ging es um eine Fläche in Mitterteich, die prinzipiell für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage geeignet ist und für die es perspektivisch eine Projektierungsanfrage geben könnte. Drei verschiedene, durchaus typische Eigentümer- und Betreibervarianten wurden beschrieben und miteinander verglichen: ein überregionaler renditeorientierter Investor, ein regionaler rendite- und regionsorientierter Investor und eine Bürgergenossenschaft, die vorrangig regionale Ziele verfolgt.

2. Schritt: Bewertungskriterien festlegen

Für die Bewertung der verschiedenen Eigentümer- und Betreibervarianten hält das Wohlstandsradar ein Kriterienset bereit. Es verdeutlicht die Bandbreite des regionalen Wohlstands und bildet den möglichen regionalen

Mehrwert unterschiedlicher Eigentümer- und Betreibervarianten ab. Das Kriterienset ist nicht starr, sondern kann bei Bedarf ergänzt werden. Dazu prüfen die Anwender des Wohlstandsradars zunächst, ob das Kriterienset die Aspekte, die den Beteiligten und Betroffenen vor Ort wichtig sind, treffend abbildet.

Im Landkreis Tirschenreuth war das der Fall. Das Kriterienset wurde ohne Änderungen für die vergleichende Bewertung der Eigentümer- und Betreibervarianten der skizzierten Freiflächen-Photovoltaikanlage eingesetzt.

3. Schritt: Bewertungskriterien mit Daten unterlegen

Eine aussagekräftige Bewertung braucht eine gute Datengrundlage. Hierfür werden beim Wohlstandsradar verschiedene Arten von Daten genutzt. Je nachdem, welche Daten vor Ort verfügbar sind, werden konkrete Zahlen, Abschätzungen, Vergleichswerte und auch Einschätzungen regionaler Akteure für die Bewertung zusammengetragen.

Für die Anlage in Mitterteich wurde das Kriterienset mit Daten aus dem

Kriterien-gruppe	monetäre Wertschöpfung	Finanzierung	Prozess-gestaltung	Soziales	Natur Umwelt Umgebung
Kriterien	kommunale Einnahmen	regionaler Eigenkapitalanteil	Realisierungszeitraum	Verteilungsgerechtigkeit	zusätzliche Naturschutz-/ Biodiversitätsmaßnahmen
	Unternehmensgewinne	Finanzierungseigenanteil Kommune	Transparenz	soziale Zusatzmaßnahmen	zusätzl. Stadt-Kulturlandschaftsmaßnahmen
	Einkommen Arbeitnehmer	Zahl regionaler Zeichner	Stakeholderbeteiligung	Arbeitsplätze	zusätzliche CO ₂ -Reduktion

Abb. 1: Kriterienset des Wohlstandsradars zur Bewertung regionaler Mehrwerte durch unterschiedliche Eigentümer- und Betreibervarianten (eigene Darstellung)

Wertschöpfungsrechner der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE), mit Orientierungsdaten aus der Literatur, Informationen über vergleichbare Projekte und dem Erfahrungswissen aus der Untersuchungsregion gefüllt.

4. Schritt: Beteiligte und Betroffene in die Bewertung einbinden

Das Wohlstandsradar bindet unterschiedliche Positionen und Meinungen in die Gesamtbewertung mit ein, um bei der späteren Entscheidung ein möglichst breites Spektrum an regionalen Interessen berücksichtigen zu können. Hierfür müssen die Anwender jene Personen und Gruppen, die an der geplanten Anlage interessiert, beteiligt oder von der Anlage betroffen sind, identifizieren und sie zur Mitwirkung motivieren.

Im Landkreis Tirschenreuth waren das Vertreter aus der Kommunalpolitik, der regionalen Verwaltung und Wirtschaft, von Vereinen und Verbänden.

5. Schritt: Das Kriterienset gewichten

Nicht alle Kriterien sind den Akteuren vor Ort gleich wichtig. Die einen legen mehr Wert auf die Arbeitsplätze, die anderen finden die Auswirkungen auf das Landschaftsbild entscheidender. Um herauszufinden, was für die identifizierten Regionalvertreter relevant ist, wird das Kriterienset von ihnen gewichtet. Dabei verteilen sie eine festgelegte Zahl an Punkten auf die Kriteriengruppen oder die Einzelkriterien – frei nach dem Prinzip: Je mehr Punkte, desto wichtiger.

Im Landkreis Tirschenreuth diskutierten und gewichteten die Regionalvertreter das Kriterienset im Rahmen eines Workshops. Ein wichtiger

Nebeneffekt: Die Diskussion zu den Kriterien schärfte das gemeinsame Verständnis für die Bandbreite des Wohlstands und die Interessenlagen in der Region.

6. Schritt: Die vergleichende Bewertung durchführen

Nach der Datensammlung und Gewichtung werden alle Informationen in eine Software eingespeist, beispielsweise das am UFZ in Leipzig entwickelte Programm PRIMATE, um die unterschiedlichen Eigentümer- und Betreibervarianten zu bewerten. Die Software verarbeitet die Kriteriendaten und Gewichtungswerte in einer so genannten multikriteriellen Analyse und weist das Ergebnis in Form von vergleichenden Diagrammen und einer Rangfolge der bewerteten Projektvarianten aus.



Beginn des Praxistests: etz-Geschäftsführer Matthias Rösch stellt W³-Instrumente vor.
Foto: Landkreis Tirschenreuth

Die Anwendung der Software benötigt eine gewissen Einarbeitung. Im Landkreis Tirschenreuth hat das W³-Projektteam diesen Arbeitsschritt übernommen.

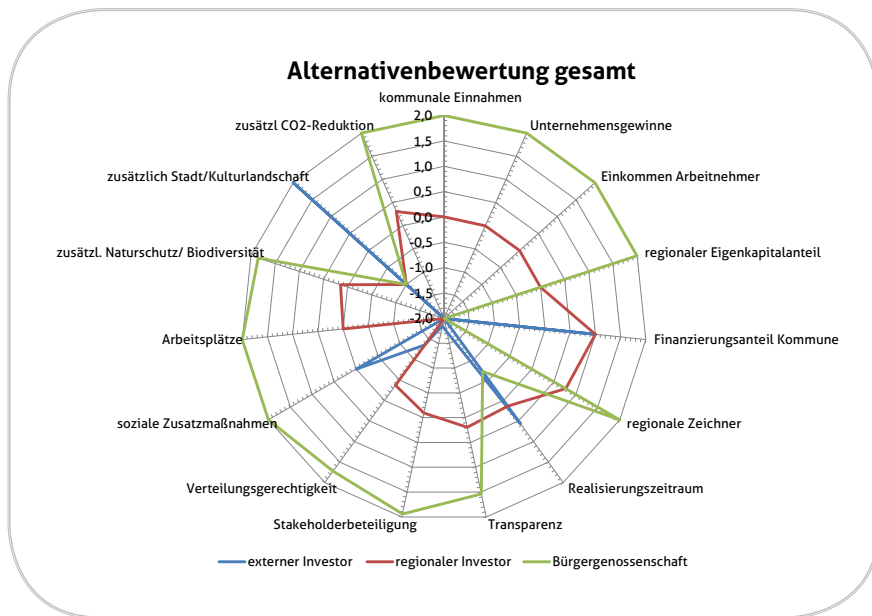
7. Schritt: Die Ergebnisse auswerten und öffentlich machen

Mit dem letzten Schritt – der systematischen Auswertung und Vermittlung der Bewertungsergebnisse – werden die Stärken und Schwächen der unterschiedlichen Eigentümer- und Betreibervarianten systematisch herausgearbeitet. Der Vergleich zeigt, welche Variante sich nach den Kriterien und regionalen Interessen am besten eignet und welche Nachteile dafür gegebenenfalls in Kauf genommen werden müssen. Die Ergebnisse sind eine gute Diskussions- und Entscheidungsgrundlage, aber nicht nur. Auf dieser Basis können Entscheider auch mit interessierten Projektentwicklern und Investoren differenziert verhandeln und Nachbesserungen einfordern, so dass eine EE-Anlage für möglichst viele Menschen einen spürbaren Nutzen erbringt.

Beim Beispiel der Freiflächen-Photovoltaikanlage in Mitterteich zeigt sich, dass die Bürgergenossenschaft mit ihrem stark regional ausgerichteten Konzept den größten Mehrwert vor Ort

Die Einsatzbereiche des Wohlstandsradars:

- Bewertung des regionalen Mehrwerts bei verschiedenen Umsetzungsvarianten eines Projekts der erneuerbaren Energien
- regionalorientierte Konzeptentwicklung von Umsetzungsvarianten
- Bestimmung der Interessen regionaler und für die Projektumsetzung relevanter Akteure
- Strukturierung des Entscheidungsfindungsprozesses für Entscheider und damit Stärkung der Transparenz des Entscheidungsprozesses
- Förderung des Bewusstseins für die Bandbreite regionalen Wohlstands, als auch die Sinnhaftigkeit vorausblickender Projekt-Strategieentwicklungen



Ergebnisdarstellung der softwaregestützten Auswertung dreier Umsetzungsoptionen (Beispiel – eigene Darstellung): Abgebildet sind die Werte des direkten Vergleichs der drei Optionen für jedes bewertungsrelevante Kriterium. Ein Wert über Null gibt an, wie stark eine Option bei dem jeweiligen Kriterium über die anderen Optionen dominiert und damit im direkten Vergleich punktet. Ein Wert unter Null heißt, eine Option wird dominiert, d.h. eine oder die beiden anderen Optionen schneiden besser ab.

schaft. Sie punktet beispielsweise mit den höchsten Gewinnen für die stark in Planung, Aufstellung und Betrieb der Anlage eingebundenen regionalen Unternehmen, sowie mit ihrer Unterstützung für soziale Projekte und einer intensiven, auch finanziellen Beteiligung der Bevölkerung. Der externe Investor bringt der Region dagegen einen vergleichsweise geringen Nutzen. So liegen die kommunalen Steuereinnahmen bei nur 5 Prozent der Einnahmen, die die Bürgergenossenschaft erbringt. Aber dessen Konzept punktet mit kurzen Planungs- und Bauzeiten, aufgrund der geringen regionalen Mitwirkungsoptionen. Für die Tirschenreuther und Mitterteicher bedeuten diese Informationen, dass sie für zukünftige Investorenanfragen besser gerüstet sind – oder sich sogar dafür entscheiden, eine Photovoltaikanlage selbst umzusetzen.

Das Wohlstandsradar macht Arbeit ..., die sich lohnt

Das Wohlstandsradar ist kein Instrument, mit dem auf die Schnelle verschiedene Eigentümer- und

Betreibervarianten für EE-Anlagen durchgespielt werden können. Wer es einsetzt, muss sich etwas Zeit nehmen, um mit dem Konzept vertraut zu werden und die sieben Schritte zu durchlaufen. Um das Einsammeln der Daten kommt der Anwender beispielsweise nicht herum, wenn er über die Varianten fundiert entscheiden will. Manchmal reicht es allerdings bereits, sich mit den Beteiligten und Betroffenen einer geplanten EE-Anlage über wichtige Kriterien zu verständigen,

sich also auf die Arbeitsschritte 2, 4 und 5 zu konzentrieren. Dies erspart die Datensammlung sowie Beschäftigung mit der Software und dennoch liegt eine gemeinsame Entscheidungsgrundlage für die Bewertung von Investorenanfragen vor.

Zu verstehen ist das Wohlstandsradar als ein Angebot, um unterschiedliche Interessen rund um EE-Anlagen strukturiert und nachvollziehbar zueinander ins Verhältnis zu setzen, Entscheidungen vorzubereiten und sie transparent zu machen. Oder wie es eine Teilnehmerin des Tirschenreuther Workshops sagte: „Wir haben alle schon die Erfahrung gemacht, dass Projekte nicht in die Umsetzung gekommen sind, weil man sich letztendlich nicht rangetraut hat. (...) Mit dem [Wohlstandsradar] könnten wir (...) etwas systematischer rangehen, damit das nicht wieder so kommt.“

Übrigens: Ein weiteres W³-Instrument, das regionale Akzeptanz-Radar, hilft Entscheidungsträgern, Widerstände und Einwände relevanter Anspruchsgruppen sichtbar zu machen, sie zu strukturieren und geeignete Umgangsmöglichkeiten damit zu identifizieren.

Ihre Ansprechpartner:

Sven Wurbs [wurbs@inter3.de]

Dr. Till Ansmann [ansmann@inter3.de]

Linkliste

Leitfaden zur Anwendung des Wohlstandsradars:

www.w3-energieflächenpolitik.de/pdf/W3_Leitfaden_Wohlstandsradar.pdf

Leitfaden zur Nutzung der Software PRIMATE:

E-Mail an Martin Drechsler (UFZ): martin.drechsler@ufz.de

Regionaler Wertschöpfungsrechner der Agentur für Erneuerbare Energien:

www.kommunal-erneuerbar.de/de/kommunale-wertschoepfung/rechner.html

Naturschutzfachliche Bewertung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen:

<https://www.bfn.de/fileadmin/MDb/documents/service/skript247.pdf>

Das Akzeptanzradar in der Energieflächenpolitik. Diskussionspapier:

www.w3-energieflächenpolitik.de/pdf/W3_Diskussionspapier_Akzeptanz-Radar.pdf



Wir kümmern uns um Energie- wende und Klimaschutz

Zwei Landkreise und eine Stadt erproben die regionale Energieflächenpolitik

6. Erneuerbare-Energien-
Messe Elbe-Elster; Foto: Stadt
Uebigau-Wahrenbrück

Angesichts der zunehmend raumgreifenden und landschaftsbildprägenden Auswirkungen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist die Energiewende vor Ort – obwohl ökologisch erforderlich und politisch gewollt – kein Selbstläufer. „Die Energiewende muss bei den Menschen vor Ort ankommen“, bringt Roland Grillmeier, Erster Bürgermeister der oberpfälzischen Stadt Mitterteich, die Herausforderung auf den Punkt. Um beim EE-Ausbau Bürger fair zu beteiligen und Klima- mit Umweltschutz zu vereinen, haben sich die Landkreise Tirschenreuth in Bayern und Wittenberg in Sachsen-Anhalt und die Stadt Uebigau-Wahrenbrück in Brandenburg im Projekt „W³ – Regionale Energieflächenpolitik“ engagiert. Ziel ist, die steigende Nachfrage nach Energieflächen zu koordinieren, den EE-Ausbau auf möglichst geeigneten Flächen zu realisieren und Wohlstand vor Ort zu generieren. Auf welchen (Um)Wegen die drei Kommunen eine bisher

faktisch fehlende Energieflächenpolitik entwickelt haben, stellen wir – die verantwortlichen regionalen Koordinatoren – in diesem Beitrag vor.

Ohne Koordination geht es nicht

Soll die Energiewende gelingen, müssen die Bürger den damit einhergehenden Landschaftswandel und gewisse Belastungen akzeptieren. Diese Akzeptanz ist ohne transparente Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse vor Ort nicht zu haben. Entscheidend für die erfolgreiche Initiierung oder Fortführung energiepolitischer Aktivitäten ist die Koordination vor Ort durch etablierte Ansprechpartner und Kümmerner – eine Rolle, die wir im Rahmen des Projektes wahrgenommen haben. An der Schnittstelle von Verwaltung, Politik und Energiewende-Akteuren initiieren und begleiten wir EE-Projekte, finden geeignete Mitstreiter und Experten, machen

Öffentlichkeitsarbeit und – an dieser Stelle besonders wichtig – leisten Überzeugungsarbeit. Diese Rolle als lokal verankerte Vertrauensperson und Macher in einem ist für das Gelingen einer bürgernahen, dezentralen Energiewende enorm wichtig. Denn regionale Akteure und geeignete Geschäftsmodelle sind ein wesentlicher Ankerpunkt als Ersatz für unzureichende gesetzliche Rahmenbedingungen sowie fehlende Institutionen bzw. deren fehlenden politischen Auftrag für die Koordination. Dazu kommt: Die Umsetzung der Energiewende gehört nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Darum haben die Kommunen jeweils eigene regionale Institutionen gegründet bzw. weiterentwickelt, die diese Aufgabe nach Ende des Projekts übernehmen werden.

Ihre Ansprechpartner:

Yvonne Raban [yvonne.raban@uewa.de]
Dr. Susanne Stangl [s.stangl@zreu.de]
Felix Drießen
[Felix.Driessen@landkreis-wittenberg.de]

Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Transfer- und Transformationszentrum Brikettfabrik LOUISE

„Die regionale Energiewende kann nur gelingen, wenn man die Menschen vor Ort erreicht, das heißt sie durch Informationen zum Umdenken bewegt.“

Andreas Claus, Bürgermeister der Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Beim Thema Energie- und Ressourcenwende kommt man im Landkreis Elbe-Elster nicht an der Stadt Uebigau-Wahrenbrück vorbei. Fachliches Know-how, kommunale und unternehmerische Energieprojekte und eine lange Energietradition finden im Transfer- und Transformationszentrum Brikettfabrik LOUISE einen Ort, von dem aus der Wandel von den fossilen zu den regenerativen Energien gestaltet werden kann – im Lausitzer Braunkohlerevier *die* Aufgabe der Zukunft.

Ein authentischer Ort für gesellschaftlichen Wandel

Das Besucherbergwerk und Technische Denkmal Brikettfabrik LOUISE gehört zu den wenigen historischen Industrieanlagen im Land Brandenburg, die in ihrer Gesamtheit noch erhalten sind. Seit 1997 ist die älteste noch funktionierende Brikettfabrik Europas in Trägerschaft der kleinen Flächenkommune Stadt Uebigau-Wahrenbrück.

Unter dem Motto „Von den alten Energien (Kohle) mit der Energie der Region (Menschen) zu den erneuerbaren Energien“ wird die Brikettfabrik LOUISE seither als Transfer- und Transformationsort in der Energiewende sowie als außerschulischer Lern- und Veranstaltungsort in der Klimaschutzregion Elbe-Elster und in der Energieregion Lausitz weiterentwickelt. Sie wird mittlerweile als Begegnungs-, Bildungs-, Tourismus- und Kulturstätte von den Bürgern vor Ort und überregional identifiziert. Die seit 2010 jährlich stattfindende Erneuerbare-Energien-Messe Elbe-Elster und die Energiefachtagung haben sich etabliert und sprechen ein breites Publikum an. Möglich ist dies dank zahlreicher Kooperationen und

seit Februar 2016 durch einen Klimaschutzmanager, dessen Finanzierung durch eine Förderung des Bundesumweltministeriums gesichert werden konnte.



Umweltbildung für die Kleinsten: Führung durch die Brikettfabrik LOUISE
Foto: Yvonne Raban

Zum Nachmachen: Von der Tradition zur Transformation

Das langjährige Engagement für die Brikettfabrik LOUISE mit immer wieder neuen Ideen fördert regionale Stärken und macht sichtbar, welche Energie in den Menschen vor Ort steckt. Nachahmenswert sind die innovativen Verknüpfungen von Tradition und hochaktuellen Themen, der Aufbau eines breiten Bündnisses aus kommunalen, privaten und wirtschaftlichen Akteuren und das Heranführen bzw. Binden der Kinder und Jugendlichen an die Region mit ihren kulturellen Besonderheiten. 2016 werden verstärkt Veranstaltungen für aktive Energiewende-Kommunen stattfinden, die voneinander lernen wollen.

Ihr Ansprechpartner:

Yvonne Raban [yvonne.raban@uewa.de]



Technisches Denkmal und Besucherbergwerk Brikettfabrik LOUISE;
Foto: Hemminger Ingenieurgesellschaft mbH

Landkreis Tirschenreuth

Die Genossenschaft TIR Energie: Energieprojekte für Bürger in der Region

"Die Zeiten der sicheren Einspeisevergütung sind vorbei. Neue Geschäftsmodelle und Geschäftsfelder sind gefragt, um die Energiewende in der Region voranzubringen. Dem stellen wir uns."

Katrin Roider, Vorstandsmitglied der TIR Energie eG

Wesentlich für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region ist die Gesellschaftsverträglichkeit und damit die Akzeptanz der

Bevölkerung. Diese sollte im Rahmen des Projekts auch durch mehr Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Eine Umfrage unter den Bürgern im Landkreis bestätigte: Sie wünschen sich mehr Beteiligung, sowohl an Planungsprozessen als auch direkt an Energieprojekten. Zudem wurde in vielen Gesprächen mit regionalen Akteuren deutlich, dass sie unter Energiewende nicht nur das nachhaltige Erzeugen, sondern auch das Einsparen von Energie verstehen.

Erzeugung und Einsparung von Energie zusammenführen

Vielfach wurde auch Interesse an der Gründung einer im Landkreis verankerten Energiegenossenschaft bekundet. Dies nahm der Landkreis als Auftrag, diesen Prozess anzustoßen und zu begleiten. Die Kompetenzen dazu brachte die Regionalkoordinatorin als zertifizierte Projektentwicklerin Energiegenossenschaften ein. Gesagt, getan: Die im April 2015 gegründete TIR Energie eG wurde im August erfolgreich ins Genossenschaftsregister eingetragen. Als Bürgergenossenschaft will sie nicht nur die Erzeugung regenerativer Energien optimieren,

sondern auch einen Beitrag zur Energieeinsparung bzw. -effizienz leisten. Im November 2015 ging das Gründungsprojekt ans Netz – eine PV-Anlage mit 30 Kilowatt Leistung auf dem Dach des Kreisbauhofes zur teilweisen Eigenversorgung.

Nächste Schritte: Lokale Projekte in regionale Energieflächenpolitik einbetten

Für das weitere Gelingen der Energiewende nimmt sich der Landkreis eine noch bessere Vernetzung der Akteure und Institutionen in der Region vor, um mit der TIR Energie eG tragfähige Energieprojekte zu entwickeln und umzusetzen. Begleitend soll ein Energieeffizienz-Netzwerk aufgebaut und auch Neuland betreten werden. „Neue Entwicklungen, wie die energetische Verwertung von Landschaftspflegematerial, Methanisierung, Speicherung, intelligente Netze usw. sollen vorangetrieben werden, auch wenn die Realisierung noch schwierig erscheint“, umreißt Landrat Wolfgang Lippert sein Bild der Energiezukunft. „Und für uns im Landkreis Tirschenreuth sind die Erneuerbaren Energien das größte Potenzial“, ergänzt Ely Eibisch, Stadtrat in Kemnath, Kreisrat und EE-Unternehmer. Viele Aufgaben also für die Regionalkoordinatorin, die über das bayerische Regionalmanagement weiter gefördert wird. Auch die etz Nordoberpfalz als regionale Energieagentur soll in Zukunft Partner bei der Beratung zur kommunalen Energieflächenpolitik werden.

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Susanne Stangl [s.stangl@zreu.de]



Gründung der TIR Energie Genossenschaft.
Foto: Klaus Schuster



PV-Anlage auf dem Dach des Bauhofes in Tirschenreuth. Foto: Klaus Schuster



Energetische Modellkommunen in der Region Anhalt. Foto: Bettina Koch

Landkreis Wittenberg

Der Verein Energieavangarde Anhalt: Visionäre mit kommunaler Erdung

„Wir wollen den Wandel hin zu einem regionalen, möglichst regenerativen Stromsystem. Darum arbeiten wir in der Energieavangarde Anhalt mit.“

Marion Winkler, Fachdienstleiterin für Raumordnung und Regionalentwicklung der Kreisverwaltung Wittenberg

Die Sicherung der Daseinsvorsorge ist ohne bezahlbare Energie und zukunftsfähige Infrastrukturen nicht denkbar. Die Regionalentwicklung gestaltet daher als institutioneller Träger der regionalen Klimaschutz- und Energiewendepolitik die sozialen und wirtschaftsstrukturellen Auswirkungen des Umbaus der Energieversorgung vielfältig mit. Ein Handicap sind die unzureichend und nicht kontinuierlich gesicherten finanziellen und personellen Ressourcen für den Gestaltungsprozess in der demografisch stark betroffenen Region. Seine Stärken bringt der Landkreis ein, wenn es darum geht, die für den Wandel wichtigen Akteure zusammenzubringen, Netzwerke aufzubauen und Wissensmanagement zu betreiben.

Von der Bioenergieregion Wittenberg zur Energieavangarde Anhalt

Die Mitarbeit in Forschungs- und Modellvorhaben schafft Freiräume und Know-how für eine strategisch orientierte Regionalentwicklung – und kommunale Erdung für innovative Projekte. Erste energiepolitische Vorstellungen einer ‚energieautarken‘ Region wurden 2008 im Rahmen des Wettbewerbs „Bioenergieregionen“ entwickelt. Heute wird die Etablierung eines regionalen Stromsystems vom Verein Energieavangarde Anhalt (EAA) verfolgt, an dessen Aufbau der Landkreis im Rahmen des Projekts beteiligt war und dessen Mitglied er

seit Anfang 2016 ist. Eine gänzlich neue energiewirtschaftliche Betrachtung von Stromhandel und Lastmanagement ermöglicht, sich auf eine echte Wertschöpfung in der Region zu fokussieren und den EE-Ausbau sozialverträglich zu gestalten. Zweites Ziel ist eine möglichst CO₂-neutrale regionale Energieproduktion, ein bedeutender Baustein für den Erfolg der Klimaschutzziele des Landkreises, der bis zum Jahr 2050 95 Prozent gegenüber 1990 einsparen will.

Projektinitiativen zusammenbringen und administrativ unterstützen

Die EAA verfügt mittlerweile über eine Geschäftsstelle. Sie bietet eine Plattform für alle regionalen Energieprojekte und wird auch selbst proaktiv tätig sein. Konkret wird in der Region Anhalt in den nächsten Jahren ein Reallabor als Experimentierraum für die Etablierung des regionalen Stromsystems organisiert. Hieran werden Landkreis und Gemeinden mitwirken. Mit der aus Landesmitteln geförderten Merit-Order-Studie hat der Landkreis Wittenberg die Basis für die Synchronisierung von Angebot und Stromnachfrage gelegt und einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ihr Ansprechpartner: Felix Drießen
[Felix.Driessen@landkreis-wittenberg.de]

Linkliste

Stadt Uebigau-Wahrenbrück: www.uebigau-wahrenbrueck.de

Transfer- und Transformationszentrum Brikettfabrik LOUISE:
<http://energieregion-lausitz.de/de/fachforen/forum-laendliche-entwicklung-klimaschutz/ausgewaehlte-einzelvorhaben/transfer-und-transformationszentrum.html>
www.brikettfabrik-louise.de

Landkreis Tirschenreuth: www.kreis-tir.de

Genossenschaft TIR-Energie EG: www.tir-energie.de

Landkreis Wittenberg: www.landkreis-wittenberg.de

Energieavangarde Anhalt: www.energieavangarde.de



Erneuerbare Energien erleben – Exkursion nach Feldheim im Jahr 2011; Foto: Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Selbst- oder fremdgesteuert? Kommunales Handeln zwischen Raumplanung und Energieflächenpolitik

Das Energieland Brandenburg hat eine Energiestrategie aufgestellt und für deren koordinierte Umsetzung Einiges getan: Über die ZAB Zukunfts-Agentur Brandenburg GmbH als Energieagentur wurde die flächendeckende Erstellung regionaler Energiekonzepte in den fünf Planungsregionen unterstützt. Dazu wurden drei Jahre lang regionale Energiemanager finanziert, die auch den Kommunen bei der Erstellung eigener Energiekonzepte zur Seite stehen sollten.

Hat es sich gelohnt? Welche planungsrechtlichen Handlungsspielräume haben die Kommunen aktuell beim Ausbau der Erneuerbaren Energien? Und welche Unterstützung benötigen sie, um die Energiewende vor Ort aktiv zu gestalten? Entlang der Brandenburger Erfahrungen diskutierten am 4. November 2015 rund 20 regionale Akteure und Fachexperten im Transfer- und Transformationszentrum für Erneuerbare Energien in Uebigau-Wahrenbrück, wie die regionale Koordination der Energiewende gelingen kann und welcher Impulse es von Seiten des Landes und des Bundes dafür bedarf.

**Bund, Länder, Kommunen
– wer soll den EE-Ausbau
steuern?**

„Wenn wir die energiepolitischen Kategorien Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit gleichgewichtig verfolgen – und

das sollten wir tun –, dann ist klar, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht im Wildwuchs erfolgen kann. Daher sollte der in Brandenburg eingeschlagene Weg, allgemeine Ziele der Energiewende in den Regionen planerisch zu untersetzen, weiter beschritten werden. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass sich die unmittelbar wahrgenommenen Belastungen der Energiewende einerseits und der wirtschaftliche Erfolg andererseits häufig ungleich verteilen. Es gilt daher noch mehr als bisher tragfähige Modelle zu entwickeln, die eine Partizipation der Bürgerinnen und Bürger vor Ort am wirtschaftlichen Erfolg zulassen. Die Akzeptanz allerdings nur „zwischen Daumen und Zeigefinger“ zu suchen, würde der Energiewende als einem Kernelement derzeitiger und künftiger Klimaschutzbemühungen nicht gerecht. Hier ist auch ein Stück weit Verständnis für den Anspruch künftiger Generationen, eine lebenswerte Umwelt vorzufinden, unabdingbar.“

Jürgen Claus, Referatsleiter für Klimapolitik und energiebezogene Umweltpolitik im Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

„Die Kommunen bemühen sich, um letztlich die Nischen der aktuellen Rahmenbedingungen und Unsicherheiten zu füllen. Das wird auf Dauer nicht genügen. Die Kommunen sollten über neue Kooperationsgemeinschaften mit Projektieren und Flächeneigentümern nachdenken und eng mit der Regionalplanung zusammenarbeiten.“

Prof. Dr. Johann Köppel, TU Berlin Fachgebiet Umweltprüfung und Umweltplanung

„Der Bund hat eine Koordinationsaufgabe, die er bisher nicht wahrnimmt. Statt die Ausbauziele für die Länder nach gemeinsamen Prinzipien, beispielsweise ähnlich dem ‚Königsteiner Schlüssel‘, zu bestimmen, schiebt er diese Aufgabe den Ländern zu. Eine nationale Koordination würde u.a. bei der Planung des Netzausbaus enorm helfen. Denn unsere Region zahlt enorme Netzentgelte. Die könnten

wesentlich geringer ausfallen, wenn die Erneuerbaren Energien überall ausgebaut würden.“

Herold Quick, Bürgermeister der Stadt Falkenberg, Elster

„Kommunaler Energie- und Klimaschutz wird noch zu wenig zusammengedacht und geplant. Der Bund fördert kommunalen Klimaschutz, das Land kommunale Energiemanager, Umwelt- und Wirtschaftsministerien handeln im Rahmen sektoraler Ressortgrenzen. Und gerade die kleinen Gemeinden reiben sich zwischen den vielen Ebenen mit jeweils eigenen Anforderungen auf.“

Andreas Claus, Bürgermeister der Stadt Uebigau-Wahrenbrück

„Planung und Koordinierung des EE-Ausbaus sind originärer Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Sie sollten von den Gemeinden über Flächennutzungspläne und mithilfe interkommunaler Kooperationen sowie aktiver Partnerschaften mit Betreibern und Betroffenen umgesetzt werden.“

Thilo Richter, Amtsdirektor Amt Schradenland

Schlaglichtartig verdeutlicht die Diskussion die bundesweit vorhandenen Differenzen zu der Frage, auf welcher Ebene Entscheidungen über die Flächeneignung für Windenergie getroffen werden sollen. Einig waren



Thilo Richter, Amtsdirektor Amt Schradenland; Foto: Stadt Uebigau-Wahrenbrück

sich die Teilnehmer dagegen, dass für den EE-Ausbau weder Wildwuchs noch Verhinderungsplanung wünschenswert sind und an der Koordinierung der Flächennutzung als Aufgabe für alle Ebenen – Kommunen, Länder und Bund – daher kein Weg vorbei führt.

Regionalplanung – Gegenstromprinzip oder prinzipielle Gegnerschaft?

„Ich bezweifle, dass Strukturveränderungen sinnvoll sind, um die Kommunen besser in regionale Planungsprozesse einzubinden. Angesichts der wachsenden Akteurs- und Interessenvielfalt beim Ausbau der Erneuerbare Energien dürften positive Veränderungen eher durch geeignete Anreizsysteme zu erreichen sein. Hier sollten Bund und Länder tätig werden, denn die Kommunen wollen doch vor allem lokale Wertschöpfung erreichen, ohne dass es hochkompliziert wird.“

Ansgar Kuschel, Leiter der Regionalen Planungsstelle Prignitz-Oberhavel

„In kleinen Gemeinden gibt es keine Person für die Aufgabe einer Energiekonzeption oder gar Energieleitplanung. Da muss ich direkt hingehen und meine Unterstützung anbieten, da kommt keiner auf mich zu.“

Jens Lemme, Regionaler Energiemanager der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim

„Insbesondere finanzschwachen Kommunen fehlt es offensichtlich bereits für die einfache Nutzung der Fach- und Sachkompetenz regionaler Energiemanager an den erforderlichen Ressourcen. Anderen Kommunen stehen hingegen durchaus die Mittel für eine kommunale Bauleitplanung zur Verfügung. Dieses Ungleichgewicht lässt nicht erwarten, dass es bei einer Abkehr von der regionalplanerischen Steuerung der Windenergienutzung



Kathrin Wichmann, Umweltplanerin der TU Berlin. Foto: Stadt Uebigau-Wahrenbrück

insgesamt zu einer besseren Abbildung kommunaler Interessen käme."

Jürgen Claus, Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

„Den Windkraftausbau allein über Flächennutzungspläne zu steuern, würde die Kommunen überfordern. Regionalplanung bedeutet auch Service für die Kommunen. Die Ausweisung von Eignungsgebieten konzentriert den Ausbau auf die nach Abwägung am besten geeigneten Flächen. So ersparen wir fast der Hälfte unserer Kommunen die Planungsarbeit und schützen die Landschaft vor Verspargelung."

Ansgar Kuschel, Leiter der Regionalen Planungsstelle Prignitz-Oberhavel

„Raumordnungs- oder Bauleitpläne sind das Ergebnis von Abwägungsprozessen. Dass diese beklagt werden, ist in der Demokratie selbstverständlich. Die Gerichte entscheiden bezogen auf den Einzelplan. Wir achten darauf, dass sich bekannte Fehler nicht wiederholen. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite zeigen die laufenden Regionalplanverfahren, dass die Beteiligungsverfahren, in denen auch die Gemeinde, die Bürger und Investoren ihre unterschiedlichen Interessen vorbringen können, immer umfangreicher werden. Dies ist Ausdruck der komplexen Interessenlagen zum Thema Windenergie. Das spricht sicherlich für

mehr statt weniger Koordination durch die Regionalplanung."

Matthias Feskorn, Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg

„Es hängt viel von Personen ab. Beispielsweise konnte in Groß Pankow in der Prignitz innerhalb von vier Wochen eine Investition von 500.000 Euro mithilfe der GLS-Bank gestemmt werden und eine Bürgerwindanlage ans Netz gehen, weil Bürgermeister und Bauamtsleiter sich das gemeinsam auf die Fahnen geschrieben haben. Gleiches gilt auch für regionale Koordination und den Erfolg der regionalen Energiemanager. Denen, die es wollen, das Leben leicht zu machen, sie mit Informationen und Beratung zu versorgen – so verstehen wir diese Aufgabe."

Ansgar Kuschel, Leiter der Regionalen Planungsstelle Prignitz-Oberhavel

Mehr Koordination und weniger Steuerung, die letztlich kontraproduktiv, weil Widerstand produzierend, wirken kann – so lautet das Rezept für eine erfolgreiche Umsetzung des Gegenstromprinzips in die regionale Planungspraxis auf Basis der Brandenburger Erfahrungen. Die intensive Beteiligung und Unterstützung auch kleiner Gemeinden, transparente Abwägungsprozesse und ein gewachsenes Vertrauen, dass lokale Belange bestmöglich berücksichtigt werden, sind dafür wesentliche Voraussetzungen.



Ansgar Kuschel, Leiter der Planungsstelle Prignitz-Oberhavel. Foto: Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Institutionen und Instrumente für die Koordination des EE-Ausbaus

„In Punkto ‚regionale Wertschöpfung‘ spielt Windkraft die entscheidende Rolle. Umso wichtiger ist es, die Bürger mitzunehmen und Wohlfandeffekte konkret erlebbar zu machen. Handfeste Informationen, Exkursionen und der Erfahrungsaustausch von Macher zu Macher, von Bürger zu Bürger, sind dafür das A und O. Für diese zunehmend wichtigen informellen Aufgaben fehlen der Regionalplanung personelle Ressourcen. Das könnte die zentrale Aufgabe einer geeigneten regionalen Institution, beispielsweise eines Energieforums, und der regionalen Energiemanager sein."

Ralf Ullrich, Stellvertretender Leiter der Regionalen Planungsstelle Lausitz-Spreewald

„In Niedersachsen oder Schleswig-Holstein sieht es in Sachen Bürgerwindenergie und kommunale Wertschöpfung ganz anders aus als hier bei uns. Meine These ist, dass das nicht nur am fehlenden Geld liegt. Das ist durchaus vorhanden, viele Menschen trauen sich aber nicht, in EE-Projekte zu investieren. Um das zu ändern, benötigen wir einen Strategiewechsel. Statt nur auf Fachinformationen und Aufklärung zu setzen, wie derzeit, kommt es mehr auf Austausch und Netzwerkaufbau zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren mit professionellen Projektentwicklern an. Und auf eine verlässliche und kompetente Institution als Ansprechpartner für diese Akteurskonstellationen."

Jens Lemme, Regionaler Energiemanager der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim

„Die Energiewende setzt technologische Herausforderungen entlang des Energiesystems und beeinflusst erheblich die Flächennutzungen, die sich konkurrierend gegenüberstehen. Dies bringt neue Anforderungen für die weitere Entwicklung mit sich."

Regionale Energieflächenpolitik – so könnte es gehen

Was können Bund, Länder und Kommunen tun, um eine regionale Energieflächenpolitik zu ermöglichen und zu befördern?

Grundvoraussetzung ist eine klare Positionierung für die Umsetzung der Energiewende auf allen politischen Ebenen, weil sie aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes unverzichtbar ist.

Regionale Energieflächenpolitik bekommt Orientierung:

Die Länder verständigen sich mit dem Bund über einen konsistenten Schlüssel zur Verteilung der nationalen Ausbauziele auf die Länder und legen diese in Landesenergie- und Klimaschutzstrategien als Handlungsorientierung für die nachgelagerten Ebenen fest. Durch Fachplaner erstellte und fachlich abgestimmte Erlasse und Leitfäden mit konkreten Handlungsempfehlungen der Länder schaffen einen möglichst planungssicheren Umgang mit den Kriterien der Standortwahl für EE-Anlagen auf allen Ebenen.

Regionale Energieflächenpolitik ist kommunale Aufgabe:

Die Kommunen koordinieren EE-Ausbau und

EE-Flächennutzung vor Ort aktiv über kommunale und regionale Energiekonzepte sowie Energieleitplanungen, die in Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen handlungswirksam werden können. Als Bioenergie-, Klimaschutz- oder 100%-EE-Kommunen artikulieren sie stärker und gemeinsam, dass die abgestimmte Koordinierung mit den Nachbargemeinden Vorteile für Mensch, Umwelt und die Energiewende bringt und auf allen Ebenen geeignete Rahmensetzungen braucht.

Kommunale Handlungsspielräume werden gestärkt:

Bund und Länder stärken Kommunen, die aktive Flächenvorratspolitik betreiben und eine integrierte Energieleitplanung umsetzen, u.a. durch Regelung eines kommunalen Vorkaufs-/Pachtrechts für EE-Nutzungen, durch Regelung eines Anrechts auf Mindestbeteiligung von Bürgern/Kommunen an EE-Projekten,

eines verbesserten Gewerbesteuer-splittings sowie durch Unterstützung beim Aufbau koordinierender Energie-/Klimaschutzagenturen und Energie-/Klimaschutzmanager auf lokaler und regionaler Ebene.

Regionale Energieflächenpolitik wird gefördert:

Bund und Länder schaffen Anreize für die Umsetzung einer regionalen Energieflächenpolitik. Dies geschieht zum Beispiel durch die Kopplung von Förderungen (EEG-Förderung und/oder sonstiger Förderprogramme von Bund und Ländern) für Energie- und Klimaschutzprojekte an deren Einbettung in regionale Energie-/Klimaschutzkonzepte und eine Energieleitplanung auf dieser Basis. Oder indem die Regionalplanung für die Bewältigung der gewachsenen formellen und informellen Aufgaben ausreichend ausgestattet wird, u.a. für die frühzeitige Einbindung der Kommunen in die Planung

und die Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung einer aktiven Flächenvorratspolitik.

Planungssicherheit beim Thema Naturschutz verbessern:

In den Raumordnungsplänen wird ein transparentes, begründetes und nachvollziehbares Vorgehen für die Identifikation und Nutzung der Tabu-Kriterien zum Artenschutz angewendet. Für Ausnahmen und weiche Kriterien stehen einheitliche Konzepte zur Verfügung, die eine Nutzung bestimmter Restriktionsflächen und die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen transparent veranschaulichen und allen Interessen in der Abwägung Rechnung tragen.

Link: Denkanstöße und Handlungsempfehlungen für eine regionale Energieflächenpolitik www.w3-energieflächenpolitik.de/pdf/Handlungsempfehlungen.pdf

Potenziale sehe ich deshalb vor allem im Zusammendenken von Ausbau und Speicherung Erneuerbarer Energien und der strukturell wichtigen Rolle, die regionale Versorgungsunternehmen, wie Stadtwerke, dabei übernehmen können."

Norman Müller, Geschäftsführer der Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH

„Die Koordination muss Energie und Klimaschutz zusammenführen. Hier läuft noch zu viel sektoral, weil Klimaschutz als umweltpolitische Aufgabe und die Energiewende als wirtschaftspolitische Aufgabe behandelt wird. Was wir brauchen ist eine föderale

Kaskade der Koordinierung und des Managements: von der Landesagentur für Energie und Klima über die Regionalen Energie- und Klimaagenturen bis hin zu Energie- und Klimaschutzmanagern in den Gemeinden."

Daniel Willeke, bis Ende 2015 Kommunalberater beim Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik

Die Koordination des EE-Ausbaus benötigt ein Energie- und Klimamanagement auf kommunaler, regionaler und Landesebene. Die Kommunen sind die zentralen Akteure der Energiewende. Koordinationsanreize

und -instrumente sollten sich daher von Ebene zu Ebene sektorübergreifend stimmig ausdifferenzieren und so auf ein übersichtliches Maß reduziert werden. Zudem sollte es den Kommunen erleichtert werden, die Umsetzung vor Ort aktiv zu gestalten und vorzeigbare Erfolge herauszustellen.

Ihre Ansprechpartner:

Helke Wendt-Schwarzburg
[wendt-schwarzburg@inter3.de]
Kathrin Wichmann
[kathrin.wichmann@tu-berlin.de]

Energielandschaften gestalten – Zukunft gewinnen. Gute Beispiele aus Bayern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt

Die Wege und Rahmenbedingungen für eine aktive Gestaltung von Energielandschaften sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Doch gute Beispiele gibt es überall.



Energielandschaft bei Ellenfeld im Landkreis Tirschenreuth. Foto: Susanne Stangl

Wir stellen aktuelle Handlungskonzepte und Energieprojekte vor, die im Umfeld des W³-Projekts initiiert, umgesetzt oder weiterentwickelt wurden. Meist stehen die Themen Bürgerbeteiligung, Akzeptanz und regionale Wertschöpfung im Vordergrund. Deutlich wird, dass es sowohl auf die Initiative Einzelner ankommt

als auch auf geeignete Strukturen, um Prozesse in Gang zu setzen und am Laufen zu halten. Eines ist in allen drei Regionen spürbar und erkennbar: Die Energiewende kann man effektiv und konstruktiv mitgestalten. Gerade strukturell benachteiligte Regionen können so zukunftsfest werden.

Landkreis Tirschenreuth

Bioenergie Kemnather Land eG!

Hintergrund: Genossenschaften haben in der landwirtschaftlich geprägten Region Tradition und Zukunft. Das zeigen exemplarisch die im Rahmen des W³-Projekts gegründete Bürgerenergiegenossenschaft TIR Energie eG (siehe Seite 24) so wie die 2010 von 25 Landwirten gegründete Bioenergie Kemnather Land eG gleichermaßen.

Umsetzung: Die Bioenergie Kemnather Land versorgt seit 2012 das Schulzentrum in Kemnath und eine Großmetzgerei mit Wärme. Dazu wird mit einer Mischung von Mais, Gras, Ganzpflanzensilage und Klee gras eine Biogasanlage betrieben, die Gas für drei Blockheizkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 880 Kilowatt

bereitstellt. Damit werden 4 Millionen Kilowattstunden an Wärme pro Jahr geliefert. Der daneben produzierte Strom von 7 Millionen Kilowattstunden wird direkt vermarktet.

Vorteile: Durch den Zusammenschluss stehen langfristig 400 Hektar für den Substratanbau in geringer Entfernung zur Biogasanlage, das heißt unter 5 Kilometern, zur Verfügung. Das spart Kosten, vermeidet Verkehr und bringt Erträge in der und für die Region.

Kontakt: Ely Eibisch
Tel.: 09642-7027750
bioenergiekemnatherland@hotmail.de

Foto: Hermann Koller



Freiflächenphotovoltaikanlage auf der Deponie Steinmühle

Hintergrund: Der Kreisrat Franz Heinrich hatte die Idee, die belastete Fläche der Deponie des Zweckverbands Müllverwertung Schwandorf gleichzeitig als Standort für eine PV-Freiflächenanlage zu nutzen. Der Vorschlag wurde vom Landkreis aufgegriffen.

Umsetzung: Im Herbst 2012 wurde auf der Reststoffdeponie Steinmühle eine Photovoltaikanlage mit 1,4 Megawatt Leistung errichtet, die jährlich bis zu 1,3 Millionen Kilowattstunden Strom

produziert, eine Menge, die den Bedarf von 400 Haushalten deckt.

Vorteile: Die Energieproduktion auf belasteten Flächen leistet einen wichtigen Beitrag zum EE-Ausbau, ohne dabei Kulturlandschaftsflächen weiter zu verknappen. Das ist nachhaltig und fördert die Akzeptanz. Zudem generiert der Landkreis auch Einnahmen.

Kontakt: Peter Förster
Tel.: 09633 92 31 93 11
peter.foerster@tirschenreuth.de

Foto: Landkreis
Tirschenreuth



Landkreis Wittenberg

FERROPOLIS – Stadt aus Eisen

Hintergrund: Schon Anfang der 1990er Jahre wurde im Bauhaus Dessau für den stillgelegten Tagebau Golpa-Nord FERROPOLIS – die Stadt aus Eisen erdacht. Sie wurde im Rahmen der EXPO 2000 umgesetzt und als Geschäftsmodell weiterentwickelt, das über Veranstaltungen den Erhalt des industriekulturellen Erbes möglich macht.

Umsetzung: Mit jährlich rund 150.000 Besuchern ist FERROPOLIS heute ein touristischer Anker in der Region Anhalt und einer der Schauorte der Transformation. Hier wird sichtbar, wie sich der Wandel unseres Energiesystems vollzieht. Der riesige, begehbare Absetzer macht den Braunkohleabbau erlebbar. Die Veranstalter des MELT!

Festivals und die „Green music initiative“ zeigen, wie Großveranstaltungen in Zukunft ressourcenschonend mit Energie versorgt werden können.

Vorteile: Als gefragter Konzert- und Festivalstandort schafft FERROPOLIS Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Region. Zusätzlich haben sich erste Unternehmen angesiedelt, die die touristische Anziehungskraft des Industriedenkmals mit Eventdienstleistungen und künftig mit Green Energy-Kompetenz verbinden.

Kontakt: Thies Schröder
Tel.: 034953 35120 · schroeder@ferropolis.de
www.ferropolis.de

Foto: Paul Langrock



Merit-Order-Studie

Hintergrund: Seit 2013 arbeiten Energiewende-Pioniere, Unternehmen und Kommunen in der Energieavantgarde Anhalt daran, ein regionales Energiesystem aufzubauen. Es soll an realen Produktionskapazitäten und dem tatsächlichen Energiebedarf der Region orientiert sein, die schwankenden erneuerbaren Energiequellen integrieren und den EE-Ausbau auf geeignete Flächen lenken.

Umsetzung: Dazu hat der Landkreis Wittenberg 2014 mit Hilfe einer Förderung des Landes die energiewirtschaftlichen Voraussetzungen sowie die Akzeptanz

für ein regionales Stromsystem in einer Studie ermitteln lassen. Insgesamt wurde das Projekt mit 100.000 Euro gefördert.

Vorteile: Die Merit-Order-Studie stellt die wesentliche theoretische Basis für die weitere Entwicklung des regionalen Energiesystems dar. Sie zeigt, dass der regional erzeugte Strom wirtschaftlich sein und die Produktion möglichst angepasst an den Verbrauch erfolgen sollte.

Kontakt: Dr. Rene Mono
Tel.: 030 24 08 76 090
info@100-prozent-erneuerbar.de
www.100-prozent-erneuerbar.de



Foto: Felix Drießen

Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Windkraftanlage mit Bürgerbeteiligung

Hintergrund: Bürgerbeteiligung wird häufig als Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende gesehen und steigert die Akzeptanz von Energieprojekten. Der Ausbau der Windenergie bietet vor allem ländlichen, strukturschwachen Regionen eine ökonomische Chance.

Umsetzung: Im Zuge der Erweiterung des bestehenden Windparks Uebigau der UKA GmbH entwickelten Stadt und Unternehmen gemeinsam ein Konzept zur Bürgerbeteiligung. Im Sommer 2014 gingen zwei moderne Windenergieanlagen des Typs V112 mit jeweils drei Megawatt Nennleistung neu ans Netz. Zeitgleich eröffnete in Marktplatznähe

in Uebigau das Bürgerwindbüro, in dem Interessierte über Beteiligungsmöglichkeiten beraten werden.

Vorteile: Die zusätzliche Windenergieerzeugung erhöht die Produktivität vorhandener Energieflächen und schont Flächen andernorts. Alle Bürger der Kurstadtregion Elbe-Elster können sich als Kommanditisten an der Betreibergesellschaft der Windenergieanlage der UKA Bürgerwind GmbH & Co.KG beteiligen.

Kontakt: Nicole Hegewald · Tel.: 035365-386444 | E-Mail: bw-uebigau@uka-gruppe.de
www.buergerwind-uebigau.de

Inbetriebnahme der Bürgerwindanlage Uebigau-Wahrenbrück Foto: Rico Meissner



Hand in Hand für Energiewende und Klimaschutz: Bürgermeister Andreas Claus, Klimaschutzmanager Daniel Willeke und Regionalkoordinatorin Yvonne Raban. Foto: Lausitzer Rundschau

Integriertes Klimaschutzmanagement

Hintergrund: Die Stadt Uebigau-Wahrenbrück mit ihren 21 ländlich geprägten Ortsteilen ist seit mehr als 15 Jahren im Umwelt- und Klimaschutz aktiv. Dieses strategische Vorgehen schafft Vertrauen und Mitwirkungsbereitschaft. 2013 konnte das Integrierte Klimaschutzkonzept erstellt und mit großer Mehrheit im Stadtrat beschlossen werden. Es zeigt richtungsweisende Handlungsoptionen für nachhaltige Stadtentwicklung und nachhaltiges Flächenmanagement auf.

Umsetzung: Um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen, müssen viele Beteiligte zusammenarbeiten. Insgesamt 38 Maßnahmen sollen die CO₂-Bilanz in der Stadt Uebigau-Wahrenbrück verbessern, die regionale Wertschöpfung erhalten und stärken und dem Fachkräftemangel im ländlichen Raum entgegensteuern.

Das geht nicht ohne eigenständiges Klimaschutzmanagement. Unterstützt durch das Bundesprogramm „Kommunaler Klimaschutz“ hat die Stadt Anfang 2016 einen Klimaschutzmanager eingestellt.

Vorteile: Das Klimaschutzmanagement bündelt Kompetenzen und schafft klare Zuständigkeiten, so dass der Maßnahmenkatalog effektiv und erfolgreich umgesetzt werden kann. Das befördert die Akzeptanz, denn viele Bürger profitieren von lokaler Wertschöpfung, nachhaltigen Investitionen und dem „Klimakurs“ der Stadt: Lebensqualität und Kostenreduzierung als Win-Win-Ergebnis.

Kontakt: Daniel Willeke · Tel.: 035365/89-131
E-Mail: daniel.willeke@uewa.de
www.klimaschutz.uewa.de

Regionale Energieflächenpolitik: Wie gehen Sie vor?



Impressum

Herausgeber

Forschungsverbund „W³ – Regionale Energieflächenpolitik“

Konzept und Redaktion

Helke Wendt-Schwarzburg · inter 3 Institut für Ressourcenmanagement ·
www.inter3.de

Grafik

böing gestaltung · www.boeing-gestaltung.de

Druck

Laserline Druckzentrum Berlin
Berlin, April 2016

Forschungsverbund W³ – Regionale Energieflächenpolitik

Projektleitung

inter 3 Institut für Ressourcenmanagement
Dr. Susanne Schön
Dr. Till Ansmann, Helke Wendt-Schwarzburg, Sven Wurbs
Otto-Suhr-Allee 59, 10585 Berlin
Tel.: +49(0)30 34 34 74 52
E-Mail: schoen@inter3.de

Verbundpartner

Stadt Uebigau-Wahrenbrück

Andreas Claus, Bürgermeister
Yvonne Raban, Regionalkoordinatorin

Landkreis Wittenberg

Marion Winkler, Leiterin Fachdienst Raumordnung/ Regionalentwicklung
Felix Drießen, Regionalkoordinator

Landkreis Tirschenreuth

Florian Rüth, Leiter Regionalmanagement
Dr. Susanne Stangl, Regionalkoordinatorin

Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Prof. Dr. Matthias Koziol
Cornelia Siebke, Jörg Walther

Hochschule Anhalt

Prof. Dr. Lothar Koppers
Tobias Kirschke, Christian Wolff

Technische Universität Berlin

Prof. Dr. Johann Köppel
Kathrin Wichmann

Die Verantwortung für die Inhalte dieser Veröffentlichung liegt bei den
Autoren sowie bei der verantwortlichen Redakteurin.

Weitere Informationen

www.w3-energieflächenpolitik.de

inter3



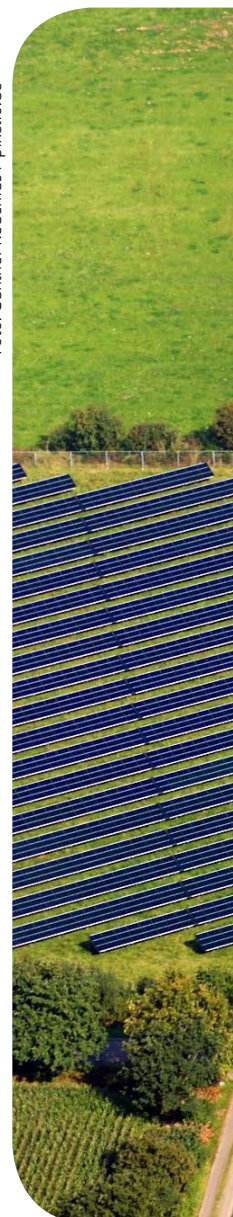
b-tu Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg



Hochschule Anhalt
Anhalt University of Applied Sciences



Foto: Günther Redenius / pixelio.de



Diese Broschüre ist im Rahmen des Forschungsprojekts „W³ – Regionale Energieflächenpolitik“ entstanden. Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Programm „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ im Rahmen der sozialökologischen Forschung gefördert. Projektträger: DLR Projektträger. Förderkennzeichen 01UN1201A-G